

Stenographisches Protokoll

264. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Mittwoch, 24. April 1968

Tagesordnung

1. Abkommen mit Finnland über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse
2. Fünfzehnter Bericht der Bundesregierung über den Stand der wirtschaftlichen Integration Europas
3. Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XVIII. Sitzungsperiode
4. Ausschußergänzungswahlen

Inhalt

Bundesrat

Zuschriften

des Präsidenten des Burgenländischen Landtages: Wahl der Bundesräte Ing. Thomas Wagner, Deutsch und Hilde Pleyer (S. 6744)

des Präsidenten des steiermärkischen Landtages: Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer an Stelle von Bundesrat Krainer (S. 6744)

Angelobung der neugewählten Bundesräte (S. 6744)

Tagesordnung

Ergänzung um die Punkte 2 bis 4 (S. 6745)

Personalien

Entschuldigung (S. 6744)
Urlaub (S. 6744)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 6744)
Vertretungsschreiben (S. 6744)

Ausschüsse

Ausschußergänzungswahlen (S. 6755)

Dringliche Anfrage

der Bundesräte Dr. Skotton und Genossen, betreffend den sogenannten Koren-Plan (S. 6755)

Begründung: Dr. Skotton (S. 6756)

Mündliche Beantwortung durch Vizekanzler Dr. Withalm (S. 6757 und S. 6758) und Bundesminister Dr. Koren (S. 6758)

Debatte: Porges (S. 6759), Eckert (S. 6761), Maria Matzner (S. 6763), Novak (S. 6765) und Böck (S. 6767)

Entschließungsanträge

a) Novak, betreffend Bekanntgabe detaillierter Einsparungsvorschläge gleichzeitig mit der Vorlage von Gesetzentwürfen zur Erschließung von Mehreinnahmen (S. 6767) — Annahme (S. 6769)

b) Porges, betreffend Nichtbekanntgabe des Planes der Bundesregierung zur Sanierung der Wirtschaft und des Budgetdefizits — Annahme (S. 6769)

Verhandlungen

Beschluß des Nationalrates vom 7. März 1968: Abkommen mit Finnland über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (42 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Fruhstorfer (S. 6745)
kein Einspruch (S. 6746)

Fünfzehnter Bericht der Bundesregierung über den Stand der wirtschaftlichen Integration Europas (55 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Brugger (S. 6746)

Redner: Dr. Reichl (S. 6747), Dr. Heger (S. 6749) und Bundesminister Mitterer (S. 6752)

Ablehnung des Antrages auf Kenntnisnahme (S. 6753)

Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XVIII. Sitzungsperiode (56 d. B.)

Berichterstatter: Hofmann-Wellenhof (S. 6753)

Kenntnisnahme (S. 6755)

Eingebracht wurden

Anfragen der Bundesräte

Dr. Skotton und Genossen an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Finanzen, betreffend den sogenannten Koren-Plan (206/J-BR/68)

Böck und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend finanzielle Schädigung der Unfallversicherung zugunsten des Bundes (207/J-BR/68)

Böck und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend finanzielle Schädigung der Unfall- und Pensionsversicherung zugunsten des Bundes (208/J-BR/68)

Seidl, Hallinger und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Kosten eines Werbeplakates (209/J-BR/68)

Novak und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Trassenführung der Europastraße Wien—Prag (210/J-BR/68)

Rudolfine Muhr und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Pauschal-Absetzbeträge (211/J-BR/68)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen auf die Anfrage der Bundesräte Liedl und Genossen (172/A. B. zu 204/J-BR/68)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Bundesräte Novak und Genossen (173/A. B. zu 200/J-BR/68)

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Vorsitzender DDr. **Pitschmann**: Hoher Bundesrat! Ich eröffne die 264. Sitzung des Bundesrates.

Das amtliche Protokoll der 263. Sitzung vom 21. März 1968 ist aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Entschuldigt hat sich Bundesrat Bischof, der einen Verkehrsunfall gehabt hat.

Bundesrat Kaspar habe ich auf dessen Ersuchen für die Zeit vom 10. bis 31. Mai 1968 zum Zweck eines Kuraufenthaltes von den Arbeiten im Bundesrat im Sinne des § 11 der Geschäftsordnung beurlaubt.

Eingelangt ist ein Schreiben des Präsidenten des Burgenländischen Landtages, betreffend Neuwahlen in den Bundesrat. Ich bitte den Schriftführer, Bundesrat Kaspar, dieses zu verlesen.

Schriftführer **Kaspar**:

„An die Parlamentsdirektion Wien, Parlament.

Gemäß Art. 35 B.-VG. hat der Burgenländische Landtag in seiner ersten Sitzung der XI. Wahlperiode am 17. April 1968 als Vertreter des Burgenlandes im Bundesrat gewählt:

Ing. Wagner Thomas, geb. 21. Dezember 1904 in Draßburg, Bauamtsleiter, Oberwart, Neutorgasse 2;

Deutsch Johann, geb. 24. September 1932 in Deutsch Bieling, Landwirt, Deutsch Bieling Nr. 41;

Pleyer Hilde, geb. 24. Mai 1923 in Großpetersdorf, Beamtin, Großpetersdorf, Feldgasse 14.

Herr Ing. Thomas Wagner hat als erster Vertreter zu gelten.

Der Landtagspräsident:
Krikler“

Vorsitzender: Eingelangt ist weiters ein Fernschreiben des Präsidenten des steiermärkischen Landtages, betreffend die Nominierung eines Ersatzmannes für den aus dem Bundesrat ausgeschiedenen Landeshauptmann Krainer. Ich bitte den Schriftführer, auch dieses zu verlesen.

Schriftführer **Kaspar**:

„An den Vorsitzenden des Bundesrates.

Landeshauptmann Josef Krainer hat mit Schreiben vom 19. April 1968 an den Präsidenten des steiermärkischen Landtages sein Mandat als Bundesrat zurückgelegt.

Ebenso hat der vom steiermärkischen Landtag am 7. April 1965 gewählte Ersatzmann Direktor DDr. Johann Steiner auf sein Mandat verzichtet.

Der steiermärkische Landtag hat nunmehr in seiner Sitzung am 23. April 1968 Dipl.-Ing. Dr. Siegfried Eberdorfer, Direktor der Landwirtschaftsschule Grabnerhof, Admont, an Stelle von Landeshauptmann Josef Krainer zum Bundesrat gewählt.

Schriftliche Bestätigung am Wege.

Der Präsident des steiermärkischen Landtages:

Dr. Kaan“

Vorsitzender: Die neugewählten Mitglieder des Bundesrates sind im Hause erschienen. Ich werde daher sogleich ihre Angelobung vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Schriftführer werden die Bundesräte über Namensaufruf die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche den Schriftführer um die Verlesung der Gelöbnisformel und anschließend um den Namensaufruf.

Schriftführer Kaspar verliest die Gelöbnisformel. — Die Bundesräte Deutsch, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Hilde Pleyer und Ing. Thomas Wagner leisten die Angelobung.

Vorsitzender: Ich begrüße die neuen Mitglieder des Bundesrates herzlich in unserer Mitte. (*Beifall.*)

Mein Gruß gilt dem im Hohen Haus erschienenen Minister Otto Mitterer. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Seit der letzten Sitzung sind folgende Anfragebeantwortungen eingegangen:

Vom Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen zur Anfrage der Bundesräte Liedl und Genossen, betreffend die Einstellung von Bahnlagen in Oberösterreich, und

vom Herrn Bundesminister für Justiz zur Anfrage der Bundesräte Novak und Genossen, betreffend das Strafverfahren gegen Viktor Müllner sen. und andere Beschuldigte.

Die Anfragebeantwortungen wurden den Antragstellern übermittelt; sie wurden auch vervielfältigt und an alle übrigen Mitglieder des Hauses verteilt.

Eingelangt sind ferner zwei Schreiben des Herrn Vizekanzlers, betreffend die Vertretung des Herrn Bundesministers für Justiz und des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten.

Vorsitzender

Ich ersuche den Schriftführer, diese zu verlesen.

Schriftführer Kaspar:

„An den Vorsitzenden des Bundesrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschlie-
bung vom 9. April 1968, Zl. 3083/68, über An-
trag des Bundeskanzlers gemäß Art. 73 des
Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung
von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Ver-
hinderung des Bundesministers für Justiz Prof.
Dr. Hans Klecatsky in der Zeit vom 20. April
bis 11. Mai 1968 den Bundesminister für
Unterricht Dr. Theodor Piff-Perčević mit
dessen Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen
um gefällige Kenntnisnahme, Mitteilung zu
machen.“

„An den Vorsitzenden des Bundesrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Ent-
schließung vom 22. April 1968, Zl. 3368/68,
über meinen Antrag, gemäß Art. 73 des Bun-
des-Verfassungsgesetzes in der Fassung von
1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhin-
derung des Bundesministers für Auswärtige
Angelegenheiten Dr. Kurt Waldheim am 24.
und 25. April 1968 den Generalsekretär für
Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter
Dr. Wilfried Platzer, und am 26. April 1968 den
Bundeskanzler Dr. Josef Klaus mit dessen
Vertretung betraut.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen
um gefällige Kenntnisnahme, Mitteilung zu
machen.“

Vorsitzender: Ich danke dem Schriftführer
für die Verlesung der Vertretungsschreiben.
Sie dienen zur Kenntnis.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, die
Tagesordnung der heutigen Sitzung im
Sinne der §§ 27 Abs. E und 30 Abs. F der Ge-
schäftsordnung unter Abstandnahme von der
24stündigen Auflagefrist der Ausschlußberichte
um folgende 2 Punkte zu erweitern:

Fünfzehnter Bericht der Bundesregierung
über den Stand der wirtschaftlichen Inte-
gration Europas für die Zeit vom 1. Jänner
bis 31. August 1967 und

Bericht der österreichischen Delegation zur
Beratenden Versammlung des Europarates
über die XVIII. Sitzungsperiode.

Ein diesbezügliches Aviso ist allen Mitglie-
dern des Hauses zugegangen. Ich bitte jene
Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre
Zustimmung erteilen, dies ein Händenzeichen. —
Ich stelle einstimmige Annahme fest. Die
Tagesordnung der heutigen Sitzung ist somit
um diese beiden Punkte in der angeführten
Reihenfolge ergänzt.

Gemäß § 28 Abs. B der Geschäftsordnung
stelle ich weiters Ausschußergänzungswahlen
als vierten Punkt auf die Tagesordnung.

Es wurde beantragt, gemäß § 59 der Ge-
schäftsordnung über die in der heutigen Sitzung
eingebrachte Anfrage des Bundesrates Dok-
tor Skotton und Genossen, betreffend den
sogenannten Koren-Plan, eine Debatte abzu-
führen. Das bedeutet, diese Anfrage als dring-
lich zu behandeln.

Da dieser Dringlichkeitsantrag von zehn
Mitgliedern des Bundesrates unterstützt wird,
ist ihm ohne weiteres stattzugeben.

Ich werde die Behandlung dieser dringlichen
Anfrage an den Schluß der Sitzung, jedoch
nicht über die fünfte Nachmittagsstunde
hinaus, verlegen.

**1. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom
7. März 1968, betreffend ein Abkommen
zwischen der Republik Österreich und der
Republik Finnland über die Gleichwertigkeit
der Reifezeugnisse (42 der Beilagen)**

Vorsitzender: Wir gehen in die Tages-
ordnung ein und gelangen zum 1. Punkt:
Abkommen zwischen Österreich und Finnland
über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse.

Berichterstatter ist der Herr Bundesrat
Dr. Fruhstorfer. Ich bitte ihn, zum Gegen-
stand zu referieren.

Berichterstatter Dr. Fruhstorfer: Hoher
Bundesrat! Bericht des Ausschusses für Ver-
fassungs- und Rechtsangelegenheiten über den
Beschluß des Nationalrates vom 7. März 1968,
betreffend ein Abkommen zwischen der Re-
publik Österreich und der Republik Finnland
über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse.

Vorliegendes Abkommen zwischen der Re-
publik Österreich und der Republik Finnland
bestimmt, unter welchen Voraussetzungen
Studierende des einen Vertragsstaates zum
Hochschulstudium im anderen Vertragsstaat
zugelassen werden. Hauptinhalt des Ab-
kommens ist, daß die zum Hochschulstudium
notwendigen Zulassungszeugnisse beziehungs-
weise Reifezeugnisse in Österreich und in
Finnland als gleichwertig anerkannt werden.
Dies geschieht in der Erwägung, daß beide
Staaten auf dem Gebiete der Kultur und
Wissenschaften gemeinsame Ziele verfolgen
und daß durch dieses Übereinkommen der
Jugend beider Länder die Erreichung dieses
Zieles, der freie Zugang zu den geistigen
Gütern, dadurch erleichtert wird.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechts-
angelegenheiten hat den gegenständlichen Be-
schluß des Nationalrates in seiner Sitzung
vom 19. März 1968 einer Vorberatung unter-

Dr. Fruhstorfer

zogen und einstimmig beschlossen, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt somit der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 7. März 1968, betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Finnland über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse, wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Zum Wort hat sich niemand gemeldet. Wir schreiten zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

2. Punkt: Fünfzehnter Bericht der Bundesregierung über den Stand der wirtschaftlichen Integration Europas für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. August 1967 (55 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Fünfzehnter Bericht der Bundesregierung über den Stand der wirtschaftlichen Integration Europas für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. August 1967.

Berichterstatter ist der Herr Bundesrat Dr. Brugger. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu referieren.

Berichterstatter Dr. **Brugger:** Hoher Bundesrat! Verehrter Herr Minister! Meine Damen und Herren! Im Sinne des Beschlusses des Nationalrates vom 23. März 1960 und des Bundesrates vom 25. März 1960 erstattet die Bundesregierung vierteljährlich oder doch turnusweise je nach dem Gang der Ereignisse einen Bericht über die wesentlichen Entwicklungsstadien auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Integration.

Nunmehr liegt uns der Fünfzehnte Bericht vor. Er behandelt die Zeit vom 1. Jänner 1967 bis 31. August 1967. Im Berichtszeitraum feierte die EWG den zehnjährigen Bestand der Unterzeichnung der Römer Verträge im Rahmen einer Gipfelkonferenz in Rom am 30. Mai 1967.

Die wesentlichen Berichtspunkte behandeln die Themen: Österreichs Verhältnis zur EWG und EGKS, zur EFTA und zum GATT; die Entwicklung der bestehenden Assoziationsverhältnisse; die Erweiterung der EWG und die Beziehungen der EWG zu außer-europäischen Staaten.

Im umfangreichen Fünfzehnten Bericht interessiert im besonderen wieder das Verhältnis Österreichs zur ganzen Integrations-

politik. Nach wie vor laufen die Bemühungen darauf hinaus, einen Vertrag zwischen der EWG und Österreich zustandezubringen.

Dieser Vertrag soll, wie Sie wissen, zum Inhalte haben:

Beseitigung der Zölle und der noch bestehenden mengenmäßigen Restriktionen und Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen Österreich und der EWG innerhalb eines zu vereinbarenden Zeitraumes;

Harmonisierung des österreichischen Zolltarifes mit dem gemeinsamen Außenzolltarif der Gemeinschaft;

weitgehende Angliederung der österreichischen Agrarpolitik an die EWG;

Österreichs Bereitschaft, auch andere Gebiete seiner Wirtschaftspolitik weitgehend mit der der EWG zu harmonisieren;

schließlich geht es um den Vorbehalt des Rechtes, Zoll- und Handelsverträge im eigenen Namen mit Drittstaaten abschließen zu können, allerdings unter Berücksichtigung des Arrangements mit der EWG.

Die nunmehr 8. Verhandlungsrunde, die am 13. Dezember 1966 unter dem Vorsitz des österreichischen Vizekanzlers und im Beisein der österreichischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten und für Land- und Forstwirtschaft und einer EWG-Delegation aufgenommen wurde, fand ihre Fortsetzung in der Zeit vom 30. Jänner bis 2. Februar 1967.

Behandelt wurden die Fragen der zoll- und handelspolitischen Regelung, der vorzusehenden Osthandelsregelung sowie der Einbeziehung der Landwirtschaft in die vertragliche Regelung. Mit dieser 8. Verhandlungsrunde wurde die zweite Verhandlungsphase abgeschlossen.

Über das Ergebnis der zweiten Verhandlungsphase wurde von der EWG-Kommission der sogenannte Dritte Österreichbericht verfaßt, der am 21. März dem Ministerrat übermittelt und am 3. Mai durch Vorschläge betreffend die Agrarregelung ergänzt wurde. Das Ergebnis der zweiten Verhandlungsphase kann wie folgt zusammenfassend dargestellt werden:

I. Die Schaffung eines freien Warenverkehrs auf dem industriell-gewerblichen Sektor:

Abbau der Binnenzölle und Zollharmonisierung,

Ausgangszölle und Zollbegünstigungsregime, Ausnahmen auf dem Gebiete der Zölle und

Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr.

Dr. Brugger

II. Osthandelsregelung.

III. Die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Präferenzraum.

Nummehr gehen die Bemühungen auf die Erreichung eines neuen Verhandlungsmandates. Dem EWG-Ministerrat liegen praktisch alle erforderlichen Unterlagen zur Beschlußfassung über ein umfassendes neues Verhandlungsmandat vor. Die österreichische Bundesregierung hielt es für zweckmäßig, den Regierungen der EWG-Mitgliedstaaten nochmals von österreichischer Seite den wesentlichen Inhalt eines Vertrages zwischen Österreich und der EWG in einem Aide-mémoire darzustellen. Darin wurde der Bereich des beiderseitigen Einverständnisses aufgezeigt und auf den Gebieten, wo die beiderseitigen Standpunkte derzeit noch divergieren, der österreichische Standpunkt präzisiert. Dieses Aide-mémoire wurde vom österreichischen Vizekanzler dem französischen Außenminister bei einem Besuch in Paris am 12. Mai 1967 überreicht und ebenso den Botschaftern der EWG-Staaten in Wien.

Am 5. Juni befaßte sich der EWG-Ministerrat mit den Österreich-Verhandlungen und beauftragte den Ausschuß der Ständigen Vertreter, so schnell wie möglich, unter Berücksichtigung sämtlicher Österreich betreffender Dokumente, über den Stand der Verhandlungen zu berichten. Entsprechend diesem Ratsbeschluß wurde vom Generalsekretariat des Ministerrates ein Bericht ausgearbeitet, der den Stand der Verhandlungen zusammenfaßt, und Ende Juni wurde dieser Bericht dem Ausschuß der Ständigen Vertreter vorgelegt. Das österreichische Aide-mémoire ist darin bereits berücksichtigt.

In einem außer Italien allen übrigen fünf Mitgliedstaaten der EWG am 9. Juli überreichten Aide-mémoire wurde die von der italienischen Regierung erfolgte Junktimierung politischer Fragen im Zusammenhang mit dem Südtirol-Problem mit den Bemühungen Österreichs um eine wirtschaftliche Regelung seiner Beziehungen zur EWG und EGKS als ungerechtfertigt zurückgewiesen.

Anfang Juli 1967 benützte der österreichische Vizekanzler die Gelegenheit von Höflichkeitsbesuchen, die er dem seit 1. Juli im Amt befindlichen Vorsitzenden des Gemeinsamen Ministerrates der Europäischen Gemeinschaften, Vizekanzler Willy Brandt, sowie dem mit Wirkung vom 1. Juli neuernannten Präsidenten der Europäischen Kommission Jean Rey abstattete, um diesen den österreichischen Standpunkt hinsichtlich der Fortführung der Verhandlungen darzulegen. Beide Persönlichkeiten versprachen, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften für eine zügige

Fortführung der Verhandlungen zwischen Österreich und der EWG einzusetzen. — Soweit mein Bericht.

Da der Antrag im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und wirtschaftliche Integration, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, bei Stimmengleichheit abgelehnt erscheint, erstatte ich diesen Bericht ohne formellen Ausschußantrag.

Vorsitzender: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich Bundesrat Dr. Reichl.

Bundesrat Dr. Reichl (SPÖ): Hoher Bundesrat! Die sozialistische Fraktion des Bundesrates wird gegen den Antrag, den Integrationsbericht zur Kenntnis nehmen zu wollen, stimmen.

Einleitend darf ich aber feststellen, daß wir nichts gegen Tatsachen und Fakten einzuwenden haben, wie sie im Zahlenmaterial des Berichtes zum Ausdruck kommen.

Die Darstellung der Entwicklung innerhalb der EWG oder innerhalb der EFTA wie die des Wettbewerbes oder des Zollrechtes, des Niederlassungsrechtes, des Dienstleistungsverkehrs, der Agrarpolitik, der Verkehrspolitik oder der Sozialpolitik entspricht den europäischen Publikationen. Wir stellen auch bedeutende Verlagerungen unseres Außenhandels vom EWG-Bereich zum EFTA-Bereich fest, und diese Tatsache zeigt, daß wir unsere Einkäufer-Stellung im EWG-Markt bei Verhandlungen stärker unterstreichen sollten.

Jeder, der mit EWG-Experten zu tun hatte, weiß, daß es sich bei ihnen um hervorragende Advokaten ihres Standpunktes handelt.

Appelle an das europäische Gewissen nützen nicht allzuviel, auch wenn wir unseren Verhandlungspartnern europäischen Idealismus und eine europäische Grundhaltung konzedieren. Halten wir uns zum Beispiel vor Augen, daß die französischen Kommissionsmitglieder im Vorjahr blitzartig ihren Kurs in bezug auf Österreich herumreißen mußten. Im Auftrage ihrer Regierung hatten sie eine Schwenkung um 180 Grad durchzuführen. Mit einem „Bitte schön ... arrangiert uns ...“ kommt man bei diesen harten Spezialisten nicht weiter.

Unser jetziger Handelsminister, den wir als ehemaligen Kollegen im Bundesrat immer bewundert haben, wenn er mit sprudelnder Beredsamkeit und römischer Rhetorik seine Argumente vortrug, gilt als schlauer Kaufmann, und ich wünsche im Interesse Österreichs, daß er solche Tatsachen und dazu auch unsere bedeutende Einkäufer-Stellung im EWG-Markt ins Kalkül zieht.

6748

Bundesrat — 264. Sitzung — 24. April 1968

Dr. Reichl

Aber ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf verweisen, daß es in Zukunft notwendig sein wird, daß man dem Ballhausplatz das gibt, was zum Ballhausplatz gehört. Irgend jemand muß schließlich neben den wirtschaftlichen Aspekten auch dafür Sorge tragen, daß die politischen Aspekte von Sparten und Interessenvertretungen nicht übersehen werden. Wirtschaftler neigen dazu, politische Aspekte zu übersehen, und Politiker neigen sehr oft dazu, wirtschaftliche Aspekte zu übersehen. Wenn das wirtschaftliche Hypothesensystem keine politischen Grundlagen hat, dann bricht das Verhandlungsgebäude schon nach der ersten Podgorny-Rede oder nach dem ersten Pompidou-Besuch in Wien zusammen. Auf politischem Sand können wir unser Verhandlungsgebäude mit der EWG nicht errichten.

Mit wirtschaftlichen Hypothesen, die man dann in Brüssel nicht aufrechterhalten konnte, hat man die Bevölkerung von Österreich sehr oft irreführt. Aus Hypothesen wurden Minister-Prophezeiungen, die in der Bevölkerung guten Eindruck machten, aber in Wirklichkeit eine Täuschung waren.

Wir hoffen, daß der neue Herr Handelsminister keine Schwüre und Prophezeiungen beim Barte des Propheten macht, daß er im wirtschaftlichen Bereich seine kaufmännischen Qualitäten einsetzt und die Beurteilung politischer Fragen dem Außenminister überläßt.

Ich möchte dem ehemaligen Handelsminister Dr. Bock nicht den Vorwurf machen, daß er ein falscher Prophet gewesen ist. Er war ein ehrlicher Mann. Ich mache ihm nur den Vorwurf, daß er falsch prophezeit hat, daß er sich vielleicht falsche Grundlagen für seine Prophezeiung angeeignet hat. Und das hat dieser Bericht hier bestätigt.

Wir alle haben natürlich den Wunsch, das größere Europa zu finden, und manchmal nähren wir uns von Visionen. Aber die Tatsachen der letzten Zeit weisen darauf hin, daß man mit den Römischen Verträgen allein die europäische Frage nicht wird lösen können. Ich möchte mich vorsichtig ausdrücken: Man wird mehrere Ergänzungsverträge benötigen.

Am heutigen Tag steht zufällig auch der letzte Bericht der europäischen Delegation beim Europarat in Behandlung, der sich auch mit Erklärungen von Wilson, Willy Brandt, U Thant beschäftigt und der auch Reden und Erklärungen von österreichischen Ministern vermerkt. Aus diesen Darlegungen geht hervor, daß der Weg Europas ein anderer sein wird, als man anfangs dachte. Es wird sich zum Beispiel manches ändern, wenn der Übergangsprozeß vom englischen Weltreich

zu einer reinen Kontinentalität abgeschlossen sein wird. Denken wir nur vergleichsweise an die Zeit der Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und an die mitteleuropäischen Veränderungen, die sich in Zusammenhang mit der Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie vollzogen haben. Es wird sich manches ändern mit dem Einrücken der skandinavischen Staaten in das mitteleuropäische Kräftefeld, und es wird sich manches ändern mit der zangsweisen Liberalisierung der Oststaaten.

Auf diesen neuen Gegebenheiten sollte man die österreichische Integrationspolitik aufbauen, aber auch auf der Tatsache, daß 300 Millionen Europäer nichts wären, würden sie nicht das große Miteinander suchen. Denken wir nur an die Bevölkerungsentwicklung der nächsten Zeit. Denn was wären die 300 Millionen Europäer, die ihre Staatsform auf dem Boden der Freiheit aufgerichtet haben, im Kräftespiel der Welt, würden sie den Weg zur Einheit in der Vielheit nicht finden? — Die europäische Weintraube wäre zum Verdorren verurteilt, um ein Wortspiel des spanischen Philosophen Don Salvador di Madariaga zu variieren.

Denken wir nur an die Bevölkerungsentwicklung der nächsten Zeit, mit der sich die Bevölkerungskonferenz des Europarates eingehend beschäftigt hat. Wenn zum Beispiel der Geburtenüberschuß des Jahres 1964 in Österreich 6,3 auf Tausend, in der Bundesrepublik 7,7, in Spanien 13,5 und in der Sowjetunion 12,7 betrug, sind das schon erstaunliche Zahlen im Vergleich zur ersten Nachkriegszeit.

Aber nun etwas anderes: In Formosa betrug der Bevölkerungszuwachs 28,8 Prozent — also in Österreich 6,3 Prozent, in Formosa 28,8 Prozent —, in Indien 27,5 und in Tunesien sogar 35,5. Dazu kommt, daß die Weltbevölkerung zwischen 1965 und 1980 von 3269 Millionen auf 4268 Millionen angewachsen wird, und davon wird der Zuwachs an Europäern nur etwa 100 Millionen betragen.

Der Zuwachs — und das wieder zum Vergleich — in Ostasien hingegen wird sich bewegen von 850 Millionen auf 1038 Millionen, in Südasien von 966 auf 1360 Millionen, in Lateinamerika von 245 auf 374 Millionen, in Nordamerika von 213 auf 261 und in dem nichtrussischen Europa von 440 auf 479 Millionen.

Dazu kommt, daß wir den technischen Rückstand gegenüber Amerika und der Sowjetunion wenigstens teilweise aufholen müssen, daß wir nicht jährlich 2500 bis 3000 hochwertige Akademiker nach Amerika abgeben können und daß wir es uns nicht mehr leisten

Dr. Reichl

können, von etwa 130 Nobelpreisträgern 60 in andere Kontinente abgleiten zu lassen. Das sind Zahlen, die erst in letzter Zeit erarbeitet wurden.

Solche Tatsachen zwingen uns zu einem Umdenken in der europäischen Frage. Ich meine damit, daß Kleineuropa keine europäische Lösung ist und daß eine gewisse Schadenfreude den Engländern gegenüber gerade so wenig nützt wie eine unrealistische Beurteilung de Gaulles. Tatsache ist es, daß derzeit eine österreichische Lösung nur dann möglich ist, wenn es gleichzeitig auch eine englische Lösung gibt.

Dieser Satz stammt nicht von mir. Ich habe gestern Gelegenheit gehabt, an einem Vortrag teilzunehmen, den ein hoher Beamter der EWG gehalten hat. Dieser hat sehr deutlich in einem vorsichtigen Beamtendeutsch zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht auf einen Abschluß rechnen können, wenn nicht vorher die englische Integrationsfrage gelöst sein wird.

Meine Damen und Herren! Auch den Eisernen Vorhang können wir mit einer selbstgefälligen Überheblichkeit nicht wegdiskutieren, und damit öffnen wir auch keine Märkte. Nur als Repräsentanten eines echten Freiheitsbegriffes und einer unverfälschten Freiheitsauffassung sind wir attraktiv und interessant für die anderen jenseits des Eisernen Vorhanges, nur als Repräsentanten einer großeuropäischen Idee, in der auch Platz vorhanden ist für die Neutralen, für England und für Skandinavien.

Das ist die Grundhaltung, aus der heraus wir diesen Bericht beurteilen.

Abschließend möchte ich einen persönlichen Gedanken zum Ausdruck bringen, den ich schon einige Male in diesem Hohen Haus ausgesprochen habe — und zwar ohne Rücksicht auf die Regierungsform —, daß man sich nämlich bemühen sollte, zu einer gemeinsamen Außenpolitik und zu einer gemeinsamen Integrationspolitik zurückzukehren. Das mit Rücksicht auf die exponierte und geographisch-politische Lage, in der wir uns befinden.

Meine Damen und Herren! Richtig ist, daß wir 1961 eine gemeinsame Basis hatten. Diese wurde dann aber immer mehr und mehr aufgegeben. Im Interesse unserer Wirtschaft und im Interesse unserer Arbeitnehmer müßte man zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung zurückfinden! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Zum Wort hat sich weiters Herr Bundesrat Konsul Dr. Heger gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dr. Heger (ÖVP): Hohes Haus! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn sagen, daß ich es als sehr erstaunlich

finde, daß unser Kollege, der Herr Professor für Philosophie oder für philosophische Gegenstände, mit einer nahezu mathematischen Exaktheit eine Beurteilung der allgemeinen Situation in unserer europäischen Haltung gegeben hat. Gestatten Sie mir nun, daß ich versuchen werde, aus dem Gesichtsbereich — ich bitte, das jetzt nicht falsch zu verstehen — des Wirtschaftlers und Diplomaten, wobei ich mich nicht zu den Diplomaten zähle, Ihnen zu diesem Problem der Integration ein paar Worte zu sagen.

Ich beginne mit einem Zitat, das aus einem Vortrag von Hans Christoph Binswanger stammt. In diesem Vortrag hat er die Chancen und die Gefahren der wirtschaftlichen Integration Europas beschrieben. Er geht davon aus, daß die europäische Einigung, wie sie sich seit dem zweiten Weltkrieg als Leitbild aller Integrationsbestrebungen herauskristallisiert hat, daß diese Integration die bisherige Machtordnung zwischen den Staaten durch drei Ziele ersetzen soll, und zwar durch eine allgemeingültige Rechtsordnung, durch eine Gleichordnung und nicht durch eine Unterordnung der Staaten, und letzten Endes soll diese Integration das Ziel der Verwirklichung und der Erhaltung des Friedens zwischen den europäischen Staaten haben. Wir werden aber nicht in der Lage sein, diesen endgültigen Frieden zu erreichen, wenn wir nicht einen Mechanismus haben, der eben die vorgenannten Ziele erstreben läßt. Wir müssen davon abgehen, daß sich das Recht des Stärkeren durchsetzt, sondern wir wollen weder eine Unterordnung noch eine Vorherrschaft, unter der gerade wir in Österreich in der Geschichte durch andere genügend zu leiden hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Überwindung der internationalen Machtordnungen gelangt man aber nicht durch einen einfachen Zaubertrick, nicht, wie der Verfasser dieser Rede es sagte, durch einen Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit — das ist übrigens eine Formulierung von Friedrich Engels —, sondern durch eine Politik, die zwar die Überwindung der Machtordnung anstrebt, selbst aber noch im Rahmen der Machtordnung formuliert und durchgesetzt werden muß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! So gesehen, wird also mit jeder Politik der europäischen Einigung eine Gefahr verbunden sein, ebenso wird aber damit auch eine Chance verbunden sein. Diese Chance, die durch die Integrationsbestrebungen gegeben ist, lassen Sie mich nun ein wenig beurteilen.

Mit Zahlen kann man zwar viel beweisen, und es ist in diesem Raum schon oft genug das Wort gefallen, daß die Statistik die Schwester der Lüge ist. Aber auf Grund dessen,

6750

Bundesrat — 264. Sitzung — 24. April 1968

Dr. Heger

was wir im abgelaufenen Jahr 1967, das bereits über den Zeitraum des Integrationsberichtes hinausgeht, sehen, können wir darauf hinweisen, daß die Exporte nach und die Importe aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den Jahren 1966 und 1967 die gleichen Zahlen aufweisen. Erfreulich — das sage ich durchaus in Bestätigung der Darlegungen des Herrn Bundesrates Reichl — ist, daß der Umfang des Handels sowohl auf dem Export- als auch auf dem Importsektor mit der EFTA etwa um 1 Milliarde beziehungsweise 1,5 Milliarden auf der Ausfuhrseite gestiegen ist. Das ist eine durchaus erfreuliche Entwicklung.

Meine Damen und Herren! Weil wir gerade dabei sind, diese erfreuliche Entwicklung zu beschreiben, möchte ich gleich eines sagen: Die Schweiz hat schon seit jeher empfohlen, doch im Rahmen der EFTA unser europäisches Wirtschaftsglück zu versuchen. Aber dabei stand die Schweiz sehr eindeutig auf dem Standpunkt, daß die Hilfe des EFTA-Partners Schweiz darin besteht, daß er wohl mehr nach Österreich zu exportieren bestrebt ist, daß aber zu der Aufnahme von österreichischen Waren in die Schweiz durchaus nicht dieselbe Bereitwilligkeit verbunden ist, die wir Österreicher gerade brauchen, weil wir eben nicht in der Lage sind, sofort und überhaupt in absehbarer Zeit entsprechende Ersatzmärkte zu finden.

Was den Handel mit den Oststaaten betrifft, so ist dieser bilaterale Handel durchaus nicht in einer erfreulichen Entwicklung begriffen. Wir haben hier gemeinsam des öfteren diskutiert, daß in den Wirtschaftsverhandlungen und in der Wirtschaft überhaupt ein himmelhoher Unterschied zwischen den wirtschaftlichen Verträgen zwischen Ländern, die Staatshandelsländer sind, und jenen Ländern besteht, die eben einen freien Handel haben, wie es bei uns in Österreich der Fall ist.

Meine Damen und Herren! Dann kommt noch eines dazu, was wir bei der ganzen Integrationspolitik immer beachten müssen: Die Schweiz war vor uns dran und hat sich bemüht und hat angemeldet, daß sie ein Interesse hat, in einen Kontakt, in einen wirtschaftlichen und in einen realen Vertrag mit der EWG zu kommen, und erst dann ist Österreich und sind die anderen Länder Europas gefolgt. Ich habe es schon einmal hier gesagt — und es freut mich, daß auch Kollege Reichl es gesagt hat —, daß den früheren Herrn Handelsminister keine wie immer geartete Schuld an der Integrationsentwicklung trifft. Dr. Reichl sagte, er habe — meinetwegen — eine falsche Prophezeiung gemacht. Ich möchte sagen: Er prophezeite nicht, sondern er sah sich unter den gegebenen Umständen zu einer gegebenen Aussage veranlaßt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn nun die Situation heute etwas anders ist und schon im vergangenen Jahr etwas anders ausgesehen hat, dann ist es weder der österreichischen Bundesregierung noch deren Vertretern zuzumuten, für das Ganze einzustehen.

Ich darf hier folgendes deponieren: In den Zeitpunkten, als sich Österreich in der Integrationsentwicklung um ein Hinzustreben, eine Vereinbarung, um eine Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bemühte, waren praktisch Österreich und die Schweiz oder umgekehrt allein. Da ließ es sich zwischen der EWG und uns verhältnismäßig leicht verhandeln.

Sie gestatten mir, ein kleines familiäres Beispiel zu bringen: Wenn wir zusammen eine Gesellschaft bilden würden nach bürgerlichem oder sonstigem Recht und wir würden es aus dieser Gesellschaft heraus durch zähes Zusammenhalten, durch Verzicht, durch Sparen, durch grandiose Leistungen unserer Arbeiterschaft, durch klugen Unternehmerteil und schöpferische Risikofreudigkeit zu einem guten Unternehmen gebracht haben, dann klopft einer draußen an und sagt, ich möchte auch zu euch kommen, dann werden wir uns darüber besprechen, wir werden darüber befinden, wir werden uns aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wohl überlegen, ob der Mann, der vor der Tür steht, uns ein Paket von Forderungen übermitteln darf, damit er in unsere Gemeinschaft aufgenommen werden kann, und ob wir diese Forderungen akzeptieren sollten.

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen, daß wir mit einem ganz gewaltigen Paket von Forderungen an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel herangetreten sind. Wir haben soundsoviel angemeldet. Wohl war es da und dort innerpolitisch, wirtschaftspolitisch, außenpolitisch irgendwie notwendig. Das hat mit Außenpolitik, mit Neutralität nichts zu tun; was ich jetzt behandelt habe, waren rein wirtschaftliche Aspekte.

Wenn Sie dieses Paket, aus dem der Herr Berichterstatter nur einzelne Teile von ordnenden Maßnahmen zwischen unseren Bestrebungen einerseits und den Antworten und Aufgaben an uns von seiten der EWG herausnehmen konnte, beleuchten, so ist es eben das ewige Abtasten von zwei Partnern. Die einen möchten die Zölle in möglichst kurzer Zeit von den anderen herabgesetzt haben. Das sind wir, die wir bestrebt sind, unsere Produkte, die bisher diskriminiert waren, so bald und so schnell und in einem größeren Ausmaß als bisher in den Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu exportieren.

Dr. Heger

Auf der anderen Seite aber sind Bestrebungen da, unsere Zölle und unsere Maßnahmen möglichst lange zu erhalten, damit unser österreichisches produzierendes Gewerbe und der Handel und letzten Endes auch die Agrarprodukte sozusagen in einem Schutzwall bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier ergeben sich eben die Diskrepanzen, die schon über eine Zeit zu lange hinaus gedauert haben. In der Zwischenzeit sind die Engländer gekommen, in der Zwischenzeit sind die nordischen Staaten gekommen, Dänemark, und haben ebenfalls bei der EWG angeklopft.

Als Bock seinerzeit hier sehr hoffnungsvoll gesprochen und nach außen hin dokumentiert hat, jawohl, wir werden versuchen, so bald als möglich etwas zu erreichen, standen wir Österreicher, vielleicht noch die Schweizer, allein im Wartezimmer. Heute sitzen aber sämtliche Staaten, die in irgendeiner Form formell in Brüssel die Anmeldung gemacht haben, zur EWG zu kommen, alle miteinander auf der Bank, aber vor dem Wartezimmer. Und das, meine Damen und Herren, ist eine Situation, die für uns alle nicht sehr erfreulich ist, die für ganz Europa nicht erfreulich ist.

Die Maßnahmen, die uns von seiten Österreichs in den Verhandlungen mit der EWG Vorteile bringen sollen, sind im Bericht im einzelnen beschrieben worden, was diese Periode betraf. Sie zu wiederholen ist zwecklos.

Ich bin aber der Meinung, wie ich mir das vorhin darzulegen erlaubte, daß schon ein Unterschied zu machen ist zwischen der Integration auf dem industriellen, gewerblichen Sektor und auf der anderen Seite auf dem Agrarsektor. Ich möchte hinzufügen: Vielleicht ließe sich auf dem industriell-gewerblichen Sektor eine Einigung unter den wechselseitigen Bedingungen viel eher erreichen als unter den Umständen des Agrarsektors, weil hier dem noch größeren Paket eine größere Gefahr droht.

Ich möchte noch die Sozialpolitik der EWG beleuchten, die kein anderer als der italienische Vizepräsident der Kommission Levi Sandri in seinem Bericht über die Arbeitsmarktlage und die Sozialpolitik darstellte. Er sagte:

„Seit der Gründung des Gemeinsamen Marktes waren eine deutliche Zunahme der Beschäftigtenzahlen und ein außerordentlich starker Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, zumindest bis zum Auftreten eines merklichen Konjunkturrückganges in jüngster Zeit“ — dieser Bericht stammt von Anfang April —, „den zu überwinden man nunmehr im Begriff sei.“

Also auch hier Vorteile, die sich uns Österreichern, wenn wir in irgendeiner Form zu

dem großen EWG-Markt stoßen könnten, bieten werden.

Die Haltung Italiens wird vielleicht allzu sehr dramatisiert in puncto des Vetos in Verbindung mit Südtirol. Ich möchte dieses Veto nicht bagatellisieren, möchte aber auch nicht unerwähnt lassen, daß Italien einen Standpunkt einnimmt, der etwa besagt, daß die Italiener grundsätzlich Gegner jener Länder sind, die nicht bereit sind, auch die politischen Motive der EWG aufzugreifen. Brandt und andere berichten darüber, daß man sagt — als deutscher Außenminister ist er eine der maßgeblichen Persönlichkeiten der EWG, aber auch er sagt es —, daß die Länder Schweden, Schweiz und Österreich ausdrücklich erwähnt werden müssen in ihrem echten und ehrlichen Bestreben, am gemeinsamen europäischen Markt mitzumachen.

Was die Aussichten Englands betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der jüngste mir vorliegende Bericht aus der Schweiz für Großbritannien auch nicht gerade ermutigend, aber auch für uns nicht erfreulich. Es heißt in einem Kommuniqué:

„Die Debatten des Ministerrats der sechs EWG-Länder machten heute offenbar, daß einstweilen wenig Aussicht auf eine Gemeinschaftsaktion zugunsten Großbritanniens und der anderen Beitrittskandidaten besteht, die über kommerzielle Vereinbarungen hinausgehen.“

Auf der anderen Seite steht der sehr harte, aber markante Satz: Man wird aber sagen müssen, daß die Einbeziehung der Neutralen — das ist also Schweden, Schweiz und Österreich — in die handelspolitischen Arrangements weder für Den Haag noch für Brüssel — das ist die Realität, Hohes Haus, sehr geehrter Herr Minister — ein erst-rangiges Anliegen ist, sondern daß sie sich heute um andere Dinge wesentlich mehr kümmern müssen.

Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der gebotenen Kürze zum Abschluß kommen und sagen: Alles, was ich mir erlaubte vorzutragen, bedeutet, daß wir nach wie vor an der Idee einer europäischen Föderation mitarbeiten müssen und den Gedanken an eine westeuropäische — wie ich das noch unterstreichen muß — Föderation nicht aufgeben dürfen. Aber wenn man mit dieser Aufgabe beschäftigt ist, dann muß man sich sowohl der Chancen als auch der Gefahren, die durch einen Zusammenschluß oder ein Arrangement gegeben sind, bewußt werden. Ich konnte sie Ihnen hier nur stichwortartig vortragen.

Aber auf jeden Fall bin ich der Meinung, daß ein Land wie Österreich, das sowohl die Gefahren als auch die Chancen einer Asso-

Dr. Heger

ziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dauernd verfolgt, erkennt, immer wieder diese Standortmeldungen geben soll — wie eben auch dieser Integrationsbericht eine ist —, und ich halte dies für eine ungeheuer wichtige Aufgabe.

Ich möchte also sagen, daß es vom Standpunkt meiner Partei aus Auffassungssache ist, ob man einen Integrationsbericht, also eine chronologische Aufzählung von Verhandlungen, Dokumenten, Stellungnahmen und so weiter, unbedingt nicht zur Kenntnis nehmen muß. Ich bin der Meinung, daß eine derartige Standortmeldung vollkommen neutral die Sachlage wiedergibt, ohne dazu eine Kritik zu gebrauchen. Aber ich sagte ja, das sei Ansichtssache.

Nun darf ich erklären, daß ich namens meiner Fraktion den Antrag stelle, der Hohe Bundesrat wolle den von der Bundesregierung vorgelegten Integrationsbericht über den Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. August 1967 zur Kenntnis nehmen. Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Der eingebrachte Antrag auf Kenntnisnahme des vorliegenden Berichtes der Bundesregierung ist genügend unterstützt und steht demgemäß in Verhandlung.

Zum Wort hat sich der Herr Bundesminister gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie **Mitterer:** Hoher Bundesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich vor allem beim Herrn Professor Dr. Reichl für seine freundlichen Worte sehr bedanken und Ihnen nochmals versichern, daß ich so wie bisher selbstverständlich den beiden Häusern Rede und Antwort stehen werde und Ihnen zu allen Auskünften, die Sie wünschen, zur Verfügung stehen werde.

Was nun die Hypothesen und Prophezeiungen meines Herrn Vorgängers anlangen, möchte ich noch etwas in Erinnerung rufen:

Wir selbst haben — und es waren ja einige Mitglieder, ich glaube, zwei Mitglieder des Bundesrates ebenfalls dabei — in Brüssel nahezu einen perfekten Terminkalender hinsichtlich der Abschlußmöglichkeiten und Zielsetzungen vorgelegt bekommen. Es wurde sogar noch gesagt, es würde dann soundso viele Monate dauern, bis die einzelnen Länderparlamente diesen Abschluß ratifiziert haben werden. Es war auch in Brüssel die Meinung sehr konkretisiert. Natürlich hat sich mein Vorgänger an diese Stellungnahmen weitgehend halten müssen, denn er mußte wohl annehmen, daß die, die dort ständig am Zuge sind, es doch sicher besser wissen müssen.

Was die Frage „Kleineuropa“ anlangt, bin ich ganz Ihrer Meinung. „Kleineuropa“ ist keine Lösung, wir müssen das ganze Europa haben. Es ist sicherlich nur eine Frage der Geburtswehen eines größeren Europas, die wir heute erleben, die uns heute aber natürlich zu langsam über die Bühne gehen. Wir wünschen alle eine raschere Entwicklung. Das italienische Veto wurde schon erwähnt.

Nun zur Frage des Abschlusses bezüglich der Möglichkeiten von Erleichterungen, Änderungen und weiteren Bestrebungen. Ich glaube, Sie, Herr Professor, haben es richtig erwähnt: Andresen, das ist der Mann, der die Verhandlungen außenamtlich in der EWG führt — es ist dies ein sehr langer Titel, ich möchte den hier gar nicht erwähnen —, hat gestern sehr deutlich und klar gesagt, daß in dem Augenblick, in dem England und auch die skandinavischen Länder vor der Tür stehen, an irgendeine Lösung so lange nicht gedacht werden kann, solange diese Frage nicht entschieden, zumindest vorentschieden ist, und daß es daher im Augenblick weder die eine noch die andere Variante gäbe. Ich glaube, Andresen hat das sehr deutlich dargelegt, und es hat gar keinen Sinn, das noch weiter zu erläutern.

Weil dem so ist, ist die Frage müßig, in welcher Richtung wir vielleicht einmal die Erleichterungen bekommen werden. Ich habe es schon im Parlament gesagt, ich möchte es hier wiederholen: Diese Frage kann von uns heute noch nicht vorausschauend entschieden werden, sondern wir müssen sehen, wie sich die Dinge entwickeln, und dann, jeweils an die gegebene Situation angepaßt, jede Möglichkeit ergreifen, um — wie ich es schon mehrmals deutlich gesagt habe, ich bleibe bei dieser Formulierung — zielkonforme Erleichterungen anzustreben. Warum dieses Wort „zielkonform“? Weil wir eben — und das ist einer der Punkte, wo ich nicht mit Ihnen, Herr Bundesrat Professor Doktor Reichl, übereinstimme — unsere ursprüngliche Zielsetzung in keiner Weise verändert, abgeändert, verwässert oder verstärkt haben, sondern weil wir, auf dieser ursprünglichen Zielsetzung basierend, erklärt haben — und das habe insbesondere ich getan —, daß wir jede Gelegenheit wahrnehmen möchten und werden, zielkonforme Erleichterungen, wie immer sie aussehen mögen, zu ergreifen; wie gesagt, wenn sie zielkonform sind und wenn sich aus dem Gang der Verhandlungen für uns eine solche Chance ergeben sollte, was man heute, da die Verhandlungen in der EWG mit England mitten im Gange sind, noch nicht konkret sagen kann.

Bundesminister Mitterer

Ich möchte also dazu auch feststellen — ich habe es auch im Nationalrat gesagt —, daß ich nicht glaube, daß wir die gemeinsame Integrationspolitik 1961 in irgendeiner Weise verlassen haben. Vielleicht haben andere Personen oder andere Gruppen sie verlassen. Wir haben unsere Integrationspolitik in keiner Weise geändert, wir werden aber — das betone ich mit Absicht nochmals — flexibel verhandeln, ohne Optimismus, ohne Pessimismus, sondern mit einem gesunden Realismus, und wir werden jede Möglichkeit ergreifen, um hier zu einem Erfolg zu kommen, auch wenn es nur ein zielkonformer Teilerfolg werden sollte. Ich werde dann vor die beiden Häuser treten und selbstverständlich eine diesbezügliche Berichterstattung vornehmen.

Ich möchte noch zwei Dinge sagen: Sie haben auf die Einkaufsstellung hingewiesen, die Österreich mehr ins Spiel bringen sollte. Ich habe mir inzwischen die Ziffern geben lassen — ich habe sie ziemlich gut auswendig gewußt, ich wollte es aber noch ganz korrekt und konkret feststellen —:

Der Österreich-Anteil in der EWG liegt im Export bei 2,7 Prozent — wobei Sie sicher recht haben, das kann um ein Zehntelprozent variieren — und beim Import bei 1,3 Prozent. Diese Zahlen gelten für den ganzen EWG-Bereich. Das kann natürlich, je nachdem, um welches Land es sich handelt, einmal mehr, einmal weniger sein, in toto sind es aber diese Ziffern.

Bei der Größe dieser Ziffern wird wohl jedem klar werden, daß die Einkaufsstellung — auf die Sie hingewiesen haben —, wenn sie stärker wäre, ein sehr gutes Argument wäre, für uns aber leider — ich betone: leider — nur sehr schwach ins Spiel gebracht werden kann, weil Prozentsätze von 2,7 im Export und 1,3 im Import leider für die Partner nicht sehr eindrucksvoll sind.

Zum Schluß die Frage: Was können wir also tun? Ich glaube, wir müssen ständig am Ball bleiben. Wir haben eine exzellent funktionierende Botschaft im EWG-Bereich, also in Brüssel — die Mitglieder der parlamentarischen Gruppen konnten sich davon überzeugen. Wir sind ständig am Ball und bekommen ununterbrochen Berichte, sogar Detailberichte, die so weit gehen, daß Präsident de Gaulle anlässlich einer Ausstellung — als man ihm sagte: Wir müssen diese Frage lösen — sagte: „Oui, il faut trouver un arrangement spécial sous une certaine forme“ — ja, es ist notwendig, ein spezielles Arrangement in einer bestimmten Form zu finden. Wir sind also ständig am Ball und versuchen überall, jede Information zu bekommen, weil das Mosaik der Informationen erst dann ermöglicht, eine richtige Lösung anzupfeilen.

Ich bin überzeugt, der Tag X wird kommen, so wie er auch für den Staatsvertrag gekommen ist. Wir müssen uns nur mit Geduld wappnen, die Nerven behalten und alles tun, um für diesen Vertrag vorbereitet zu sein. Dazu lade ich alle, meine Damen und Herren, herzlich ein! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Danke, Herr Minister.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichtserstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrage der Bundesräte Dr. Heger, Dr. Goëss und Genossen, den vorliegenden Bericht der Bundesregierung zur Kenntnis zu nehmen, ihre Zustimmung geben, um ein Händenzeichen. — Dies ist die Minderheit. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Weitere Anträge liegen nicht vor. Der Tagesordnungspunkt ist somit erledigt.

3. Punkt: Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XVIII. Sitzungsperiode (56 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung: Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XVIII. Sitzungsperiode.

Berichtserstatter ist der Herr Bundesrat Hofmann-Wellenhof. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu referieren.

In der Zwischenzeit darf ich den Herrn Vizekanzler und den Herrn Finanzminister im Hohen Haus des Bundesrates begrüßen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Berichtserstatter **Hofmann-Wellenhof:** Hoher Bundesrat! Herr Vizekanzler! Meine Herren Minister! Der Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XVIII. Sitzungsperiode umfaßt den Zeitraum vom 2. Mai 1966 bis 23. April 1967. Die Sitzungsperiode zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen), die vom 2. bis 6. Mai 1966, vom 26. bis 30. September 1966 und vom 23. bis 27. Jänner 1967 dauerten.

Der Bericht erwähnt in der Einleitung als besonders bedeutsam den Besuch des Generalsekretärs der UNO im Mai 1966 im Europarat zu Straßburg. U Thant feierte Europa als die Wiege der Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung, kam aber zu dem Schluß, daß Europa wahrscheinlich künftig nicht mehr der politische und wirtschaftliche Gebieter der Welt sein werde — aber auch kein anderes Land und kein anderer Kontinent der Erde werde in der Zukunft

Hofmann-Wellenhof

wohl je diese Rolle spielen. Die Welt werde jedoch das Genie und den Geist Europas nicht entbehren können. Europa, das man die alte Welt genannt hat, werde zu den Führern der neuen Welt gehören.

U Thant kam im Laufe seiner Ausführungen auch auf die Problematik der — wie er sich ausdrückte — „Sonderkonflikte“ und „Sonderstreitigkeiten“ zu sprechen. Die Sonderkonflikte und Sonderstreitigkeiten müßten im Schoße der regionalen Organisationen selber verhandelt und geregelt werden, um die UNO nicht zu überlasten, damit diese ihre Aufgabe in den Angelegenheiten von ausgesprochen universeller Tragweite besser erledigen könnte. So ist es zum Beispiel nicht normal, sagte U Thant, daß Streitigkeiten, welche die Mitglieder einer gleichen Organisation selbst angehen, wie der Zank um Zypern — zwischen Griechenland und der Türkei — oder um Südtirol, gleich an die Vereinten Nationen herangetragen werden. Davon hat sich der Europarat übrigens Rechenschaft gegeben, da er vor einigen Jahren eine Konvention zur friedlichen Regelung der Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten ausgearbeitet hat.

Dem Europarat fehlen allerdings jegliche überstaatliche Befugnisse gegenüber den Mitgliedstaaten. Weder die Empfehlungen der Beratenden Versammlung noch die Beschlüsse des Ministerkomitees besitzen rechtsverbindliche Kraft.

Diese Schwierigkeit der praktischen Umsetzung seiner Initiativen wird im Bericht der „entscheidende neuralgische Punkt der Straßburger Institution“ genannt. Zu seiner Überwindung wurde vom Ministerkomitee dem Generalsekretär des Europarates der Auftrag erteilt, ein Arbeitsprogramm aufzustellen. „Der Mensch in der europäischen Gesellschaft“ ist der Name der Broschüre, die das Arbeitsprogramm zum Inhalt hat.

Die teilweise unbefriedigende Ausstrahlung der Tätigkeit vieler Kommissionen wurde vor allem auf das Sprachenproblem zurückgeführt. Die Dokumente werden nämlich nur in Französisch und Englisch, den beiden offiziellen Sprachen des Europarates, publiziert. Viele Referenten der Europaratsversammlung gaben in den Debatten ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die Arbeiten des Europarates in den nationalen Parlamenten häufig völliger Gleichgültigkeit begegneten. Als Beispiele im positiven Sinne hingegen wurden im 2. Teil der XVIII. Sitzungsperiode Schweden und insbesondere Österreich hervorgehoben.

Von Österreich haben in der XVIII. Sitzungsperiode vor der Europaratsversammlung der Außenminister, der Verkehrsminister, der

Unterrichtsminister, der Justizminister und der Vizekanzler gesprochen. Die österreichischen Mitglieder der Europaratsversammlung haben auch in dieser Sitzungsperiode teils als Berichterstatter, teils als Debattenredner mitgewirkt.

Der Europarat beging im September 1966 den zehnten Jahrestag der Gründung des Wiedereingliederungsfonds. Der Europapreis 1967 wurde der Stadt Straßburg zuerkannt. Seit 1955 wird dieser Preis alljährlich vom Europarat einer oder mehreren Städten für besondere Verdienste um die europäische Einheit verliehen.

Im Rahmen des Europarates wurde eine Aktion zur Bekämpfung der Luftverschmutzung begonnen.

Vom 30. August bis 6. September 1966 fand in Straßburg eine Europäische Bevölkerungskonferenz statt. Diese Konferenz war die erste ihrer Art, die sich ausschließlich mit dem Studium der Bevölkerungsprobleme im europäischen Bereich befaßt hat. Der Begriff „Europa“ wurde hiebei geographisch weiter gesehen und überstieg den Rahmen der verschiedenen europäischen Institutionen.

Über diese Europäische Bevölkerungskonferenz heißt es im Bericht unter anderem: „Diese Konferenz hat trotz ihres wissenschaftlichen Charakters einen Beitrag zum europäischen Einigungswerk geliefert“ — eine Formulierung, die zu mißverständlichen Auffassungen Anlaß bieten könnte.

Zum internationalen Jahr der Menschenrechte leistete der Europarat durch einen Bericht und eine auf diesen Bericht bezügliche, von der Versammlung angenommene Empfehlung seinen Beitrag.

In den drei Teilen der XVIII. Sitzungsperiode wurden unter anderen folgende politische Fragen behandelt:

Brückenschlag zwischen EWG und EFTA; engere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern in Wissenschaft und Technik;

die Frage engerer Kontakte mit den dem Europarat nicht angehörenden Ländern Osteuropas sowie

die deutsche Frage.

Die Plenarsitzungen beschäftigten sich ferner mit Wirtschaftsfragen. Hier sei insbesondere darauf hingewiesen, daß der Jahresbericht der Europäischen Verkehrsministerkonferenz von deren jeweiligen Vorsitzenden der Europaratsversammlung vorgelegt wird. Auch agrarpolitische Fragen wurden erörtert.

Die Berichte der Kommission für Kultur und Wissenschaft betonten vor allem die dringend notwendige Koordination der euro-

Hofmann-Wellenhof

päischen Bestrebungen auf den Gebieten von Wissenschaft und Forschung, um Zweigleisigkeiten zu vermeiden.

Die Sitzungen der XVIII. Sitzungsperiode beschäftigten sich ferner mit Gemeindeangelegenheiten, Flüchtlingsfragen, Sozialfragen und Rechtsfragen.

Der Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XVIII. Sitzungsperiode enthält auch einen Abschnitt über die 13. Gemeinsame Tagung der Europaratsversammlung und des Europäischen Parlaments. Diese Aussprache stand unter dem Titel: „Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, die wirtschaftliche und politische Verantwortung Europas in der Welt“.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und wirtschaftliche Integration hat in seiner heutigen Sitzung den vorliegenden Bericht behandelt und mich ermächtigt, den Antrag zu stellen, der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XVIII. Sitzungsperiode wird zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender: Wortmeldung liegt keine vor. Wir können daher zur Abstimmung schreiben.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen, ein Händenzeichen zu geben. — Dies ist Stimmeneinhelligkeit. Der Antrag des Berichterstatters ist angenommen.

4. Punkt: Ausschußergänzungswahlen

Vorsitzender: Wir kommen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung.

Durch die vom Burgenländischen Landtag vorgenommenen Neuwahlen in den Bundesrat sowie durch das Ausscheiden von Landeshauptmann Krainer sind Ausschußergänzungswahlen erforderlich geworden.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, die Ausschußmandate des ausgeschiedenen Bundesrates Hautzinger mit Bundesrat Deutsch zu besetzen.

An Stelle des ausgeschiedenen Landeshauptmannes Krainer soll in jedem Falle Doktor Dipl.-Ing. Eberdorfer und an Stelle des ausgeschiedenen Bundesrates Dr. Zimmermann Frau Bundesrat Hilde Pleyer treten.

Bundesrat Ing. Thomas Wagner soll in jene Ausschüsse als Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied gewählt werden, denen er schon bisher angehörte.

Falls kein Einspruch erhoben wird, werde ich über die Wahlvorschläge unter einem durch Handerheben abstimmen lassen. — Einspruch wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den von mir soeben bekanntgegebenen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Händenzeichen. — Einstimmig angenommen.

Eine Aufstellung der neu beziehungsweise wiederbesetzten Ausschußmandate wird dem Protokoll der heutigen Sitzung angeschlossen werden.

Dringliche Anfrage

der Bundesräte Dr. Skotton und Genossen an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Finanzen, betreffend den sogenannten Koren-Plan

Vorsitzender: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung der dringlichen Anfrage des Bundesrates Dr. Skotton und Genossen, betreffend den sogenannten Koren-Plan.

Ich bitte zunächst den Schriftführer, die Anfrage zu verlesen.

Schriftführer **Kaspar:** Dringliche Anfrage der Bundesräte Dr. Skotton und Genossen an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Finanzen, betreffend den sogenannten Koren-Plan.

In zahlreichen Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung sowie offiziellen Mitteilungen an die Presse wird seit einigen Wochen beharrlich behauptet, die Bundesregierung verfüge bereits über ein wirtschaftspolitisches Programm, den von ihr so genannten Koren-Plan. Die Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler und Vizekanzler, behaupten auch, dieser sogenannte Koren-Plan werde bereits systematisch realisiert.

Es ist bezeichnend für die Verhaltensweise der derzeit im Amt befindlichen Bundesregierung, derartige Erklärungen fortlaufend öffentlich abzugeben, dabei aber weder der Öffentlichkeit noch den parlamentarischen Organen, insbesondere auch den Mitgliedern des Bundesrates, das beschlossene wirtschaftspolitische Programm der Bundesregierung im Wortlaut bekanntzugeben.

Um den in diesem Zusammenhang hauptverantwortlichen Mitgliedern der Bundesregierung Gelegenheit zu öffentlicher Darlegung zu geben, stellen die unterfertigten Mitglieder des Bundesrates die

Anfrage:

1. Welchen Wortlaut hatten die dem Ministerrat vom zuständigen Ministerkomitee vorgelegten Empfehlungen, betreffend das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung?

6756

Bundesrat — 264. Sitzung — 24. April 1968

Kaspar

2. Haben Sie im Ministerrat die Beschlussfassung über diese Empfehlungen beantragt?

3. Hat der Ministerrat gemäß dem Antrag oder dem allenfalls geänderten Antrag beschlossen?

4. Welchen Wortlaut hat das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung?

5. Haben Sie die Drucklegung des sogenannten Koren-Planes veranlaßt?

6. Liegen bereits gedruckte Exemplare vor?

7. Sind Sie bereit, während der Behandlung dieser dringlichen Anfrage dem Erstanfrager ein Exemplar des sogenannten Koren-Planes auszuhändigen?

8. Wenn nein: Warum sind Sie hiezu nicht bereit oder nicht in der Lage?

9. Wie erklären Sie die von Vizekanzler Dr. Withalm in der Fragestunde des Nationalrates vom 19. April 1968 gegebene Antwort, die Bundesregierung müsse sich mit dem nach Ihnen benannten Plan noch einmal abschließend beschäftigen?

10. Wie vereinbaren Sie die in der Fragestunde des Nationalrates vom 19. April 1968 abgegebene Erklärung, die Bundesregierung müsse sich mit dem sogenannten Koren-Plan noch einmal abschließend beschäftigen, mit der Tatsache, daß dieser Plan offenbar bereits in Druck gelegt wurde?

11. Wie erklären Sie die Behauptung, der sogenannte Koren-Plan werde bereits systematisch verwirklicht, obwohl offenbar ein wirksamer Beschluß über diesen Plan noch nicht vorliegt?

Bemerkt wird, daß die Fragen 1, 4 bis 6, 10 und 11 an den Bundeskanzler, die Frage 9 an den Bundesminister für Finanzen sowie die restlichen Fragen an beide genannten Mitglieder der Bundesregierung gerichtet sind.

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 59 der Geschäftsordnung dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Vorsitzender: Danke. — Ich erteile nunmehr dem Herrn Bundesrat Dr. Skotton zur Begründung der Anfrage gemäß § 59 der Geschäftsordnung das Wort.

Bundesrat Dr. Skotton (SPÖ): Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Der sogenannte Koren-Plan wurde angeblich vom Ministerrat am 12. März 1968 beschlossen. Dazu schrieb die „Wiener Zeitung“ am 13. März unter der Überschrift „Ministerrat genehmigte Expertenempfehlungen zum Wirtschaftskonzept“:

„Der Ministerrat befaßte sich gestern unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Klaus mit dem Ergebnis der Beratungen, die ein Komitee, bestehend aus den Bundesministern der Wirtschaftsressorts und Wirtschaftsexperten, in den letzten Wochen durchführte. Die Empfehlungen dieses Komitees, die das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung zum Gegenstand hatten, wurden, wie amtlich bekanntgegeben wird, vom Ministerrat genehmigt.“

Meine Damen und Herren! Sowohl vorher als auch in der Folge sprachen die Regierung und die Österreichische Volkspartei in großangelegten Presseaktionen immer wieder von ihrem Koren-Plan und wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die sozialistische Opposition ihr Wirtschaftskonzept erst diskutieren müsse, während die Regierungspartei bereits ihr Wirtschaftskonzept Schritt für Schritt realisieren würde.

Am 13. März brachten sozialistische Abgeordnete eine schriftliche Anfrage ein, die den Text des am 12. März vom Ministerrat beschlossenen Koren-Planes zu ergründen versuchte. Ich möchte feststellen, daß diese Anfrage bis heute unbeantwortet geblieben ist.

In der Fragestunde am 19. April mußte auf eine Anfrage des Abgeordneten Konir der Herr Vizekanzler in Vertretung des Bundeskanzlers zugeben, daß noch kein Koren-Plan dem Parlament beziehungsweise der Öffentlichkeit übergeben wurde, der Ministerrat werde sich vielmehr in einer seiner nächsten Sitzungen mit dem Koren-Plan beschäftigen. — Das sagte der Herr Vizekanzler am 19. April. Ich erinnere: Am 12. März wurde amtlich bekanntgegeben, daß der Ministerrat den Koren-Plan bereits beschlossen hat.

Meine Damen und Herren! Mit großer Verwunderung haben wir der Tagespresse vom 23. April 1968 entnommen, daß der sogenannte Koren-Plan bereits in Druck gelegt wurde. „Die Presse“ führte hiezu aus:

„Bekanntlich wurde der innerhalb der Partei verbindlich fixierte Koren-Plan in Druck gelegt. Dem Vernehmen nach sollen die ausgedruckten Exemplare bereits am Dienstag vorliegen. Das bedeutet selbstverständlich, daß der formelle Beschluß der Regierung über den Koren-Plan und seine Veröffentlichung mit keinen Änderungen des Konzepts mehr verbunden sein kann.“

Die Regierung behauptet also, bereits ein Konzept zu realisieren, das sie nach den letzten Meldungen noch gar nicht beschlossen hat. Andererseits verkündet jetzt der Herr Vizekanzler in der Öffentlichkeit, daß sich der Koren-Plan in einem Stadium der Vorverhandlungen befindet. Aber dieser noch

Dr. Skotton

gar nicht beschlossene Plan wird als das großartige Wirtschaftskonzept der Bundesregierung dargestellt. Vielleicht hat die Bundesregierung mit Herrn Vizekanzler Withalm hier etwas beschlossen, was der Herr Generalsekretär Withalm noch nicht genehmigt hat.

Mit Erstaunen mußte ich heute auch eine „APA“-Meldung lesen, die folgendes besagt — ich entnehme das der „Südost-Tagespost“ —:

„Der Ministerrat der Bundesregierung, der gestern seine ‚normale‘ dieswöchige Sitzung abhielt“ — anscheinend gibt es bei der Bundesregierung auch „abnormale“ Sitzungen (*Heiterkeit*) —, „tritt am Freitag zu einer Sondersitzung zusammen. Er wird sich dabei mit der Endfassung des wirtschaftspolitischen Konzepts der Bundesregierung (Koren-Plan) befassen, dessen Text im Falle einer Annahme durch den Ministerrat dann unverzüglich veröffentlicht werden wird.“

Daraus geht hervor, daß der sogenannte Koren-Plan ja doch erst am kommenden Freitag beschlossen wird. Wie konnte aber die Bundesregierung in ihrer sogenannten Informationsschrift „für alle“ bereits im Februar 1968 erklären: „Finanzminister Universitätsprofessor Dr. Koren hat bereits am 2. Feber ein umfassendes Wirtschaftskonzept vorgelegt, das inzwischen in rascher Verwirklichung begriffen ist.“?

Und im „Brennpunkt“, im Informationsblatt für ÖVP-Mitarbeiter — so informieren Sie Ihre Mitarbeiter —, steht: „Erste Maßnahmen auf Grund des Koren-Planes“.

In der Rubrik „Zur besseren Orientierung“ heißt es dort:

„Zum Glück braucht nicht auf die Vorschläge der Sozialisten gewartet zu werden. Das Wirtschaftskonzept der Regierung Klaus-Withalm ist fertiggestellt und wird bereits durchgeführt.“

Auch der Herr Bundeskanzler hat in einer Rede am 29. Februar — ich entnehme das der „Wiener Zeitung“ — gesagt:

„Der Koren-Plan ist keine Diskussionsgrundlage, sondern ein klares Konzept, das nunmehr zügig verwirklicht wird.“

Meine Damen und Herren! Ich wundere mich, wie ein Plan, der erst am kommenden Freitag, also am 26. April, in einem Sonderministerrat beschlossen werden soll, bereits im Februar 1968 verwirklicht werden kann. Ich befürchte, daß die Öffentlichkeit in der Informationsschrift der Bundesregierung bewußt falsch informiert wurde und daß der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus bewußt die Unwahrheit über die Fertigstellung des Koren-Planes gesagt hat.

Diese Vorgänge erscheinen mir dringend aufklärungsbedürftig. Sie erscheinen mir nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit, sondern auch

gegenüber den Parlamentariern dringend aufklärungsbedürftig. Wir sozialistischen Mitglieder des Bundesrates sind nämlich davon überzeugt, daß auch Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, wahrscheinlich kein klares Bild über diese gesamte Sachlage besitzen.

Wir wollen aber den beiden hauptverantwortlichen Mitgliedern der Bundesregierung — dem Herrn Bundeskanzler, in seiner Abwesenheit dem Herrn Vizekanzler, und dem Herrn Bundesminister für Finanzen — die Möglichkeit bieten, die Karten endlich einmal auf den Tisch zu legen und die aufgetauchten Widersprüche zu klären. Wir werden ja sehen, meine Damen und Herren, ob der Herr Vizekanzler bereit beziehungsweise in der Lage ist, mir im Laufe der Sitzung ein Exemplar dieses Koren-Planes zu übergeben.

Ich darf zum Schluß noch einen wegen der Vorgangsweise bei der Erstellung des Koren-Planes naheliegenden Gedanken an Sie herantragen. Es mag sein, daß die Schwierigkeiten bei der Geburt des sogenannten Koren-Planes primär auf die bündische Gliederung der Regierungspartei zurückzuführen sind. Der Herr Bundeskanzler scheint hierüber bestens Bescheid zu wissen; er hat nämlich in einer Sitzung des Bundespartei Rates der ÖVP laut „ÖVP-Pressedienst“ vom 2. Februar 1968 folgendes erklärt:

„Die bündische und regionale Gliederung, die für den Kontakt in allen Berufsständen und Bundesländern von unbestrittenem Vorteil ist, darf dabei nicht zum Ballast werden, der unsere Entscheidungen verzögert.“

Der Herr Bundeskanzler scheint also diesen Ballast gar nicht zu schätzen. Wir geben Ihnen hier hinsichtlich Ihres wirtschaftspolitischen Ballastes eine gute Möglichkeit, ihn abzuwerfen — gemeint ist der Ballast, nicht der Herr Bundeskanzler, das möchte ich noch sagen. Den Rat, den Herrn Bundeskanzler abzuwerfen, brauche ich Ihnen nicht zu geben, das besorgt ja bereits der „Ennstaler Kreis“. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: In Vertretung des Herrn Bundeskanzlers hat sich der Herr Vizekanzler zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Vizekanzler Dr. Withalm: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu den an den Herrn Bundeskanzler gerichteten Fragen der dringlichen Anfrage der Bundesräte Dr. Skotton und Genossen antworte ich wie folgt:

Die Frage 1 lautet: „Welchen Wortlaut hatten die dem Ministerrat vom zuständigen Ministerkomitee vorgelegten Empfehlungen, betreffend das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung?“

6758

Bundesrat — 264. Sitzung — 24. April 1968

Vizekanzler Dr. Withalm

Darauf antworte ich wie folgt: Diese Frage deckt sich mit der Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Staribacher vom 14. 3. 1968. Ich kann meine damalige Antwort nur wiederholen:

„Es handelte sich daher“ — so sagte ich damals unter anderem — „nicht um eine Sitzung des wirtschaftlichen Ministerkomitees, sodaß Empfehlungen nicht beschlossen werden konnten.“

Sollten Sie aber den mündlichen Bericht des Finanzministers an den Ministerrat vom 27. Februar 1968 meinen, so verweise ich auf das ausführliche Kommuniqué dieses Ministerrates.

Die Frage 2 lautet: „Haben Sie im Ministerrat die Beschlußfassung über diese Empfehlungen beantragt?“

Darauf antworte ich wie folgt: Eine Beschlußfassung war nicht möglich, da es sich um einen mündlichen Bericht handelte. Von diesem Bericht hat der Ministerrat Kenntnis genommen.

Die Frage 3 lautet: „Hat der Ministerrat gemäß dem Antrag oder dem allenfalls geänderten Antrag beschlossen?“

Die Antwort lautet: Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus der Beantwortung der Frage 2.

Die Frage 4 lautet: „Welchen Wortlaut hat das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung?“

Darauf antworte ich wie folgt: Ich verweise auf die außerordentliche Sitzung des Ministerrates am Freitag, dem 26. April 1968, in der sich die Bundesregierung abschließend mit dem endgültigen Text des wirtschaftspolitischen Konzeptes beschäftigt wird.

Die Frage 5 lautet: „Haben Sie die Drucklegung des sogenannten Koren-Planes veranlaßt?“

Darauf antworte ich wie folgt: Der Bundeskanzler hat die Drucklegung nicht veranlaßt.

Die Frage 6 lautet: „Liegen bereits gedruckte Exemplare vor?“

Darauf antworte ich wie folgt: Zusätzlich zum Ministerratsvortrag werden dem außerordentlichen Ministerrat am Freitag auch Exemplare einer Broschüre vorliegen, die inzwischen ausgedruckt worden ist.

Die Frage 7 lautet: „Sind Sie bereit, während der Behandlung dieser dringlichen Anfrage dem Erstanfragesteller ein Exemplar des sogenannten Koren-Planes auszuhändigen?“

Sie gestatten, daß ich die Frage 8 gleich anschließe, weil beide Fragen gemeinsam beantwortet werden müssen: „Wenn nein:

Warum sind Sie hiezu nicht bereit oder nicht in der Lage?“

Darauf antworte ich wie folgt: Aus der Beantwortung der Frage 6 ergibt sich, daß dies erst nach der außerordentlichen Sitzung des Ministerrates möglich ist. Nachher wird der Herr Finanzminister sicher gerne bereit sein, Ihnen die gewünschte Anzahl von Exemplaren zur Verfügung zu stellen.

Die Frage 9 ist an den Herrn Finanzminister gerichtet.

Vorsitzender: Herr Finanzminister, darf ich Sie bitten, das Wort zu nehmen.

Bundesminister für Finanzen Dr. Koren: Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Ich darf mich auf die Frage 9 beziehen, welche die gleichen Bundesräte in der gleichen dringlichen Anfrage an mich gerichtet haben. Diese Frage lautet:

„Wie erklären Sie die von Vizekanzler Dr. Withalm in der Fragestunde des Nationalrates vom 19. April 1968 gegebene Antwort, die Bundesregierung müsse sich mit dem nach Ihnen benannten Plan noch einmal abschließend beschäftigen?“

Darauf antworte ich wie folgt: Die Beantwortung ergibt sich zum Teil aus der bisherigen Fragebeantwortung durch den Herrn Vizekanzler und aus der Tatsache, daß am Freitag, dem 26. April 1968, in dieser Angelegenheit ein außerordentlicher Ministerrat stattfindet. Danke.

Vorsitzender: Zur weiteren Beantwortung, bitte, Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. Withalm: Die beiden weiteren Fragen sind an den Herrn Bundeskanzler gerichtet.

Die Frage 10 lautet: „Wie vereinbaren Sie die in der Fragestunde des Nationalrates vom 19. April 1968 abgegebene Erklärung, die Bundesregierung müsse sich mit dem sogenannten Koren-Plan noch einmal abschließend beschäftigen, mit der Tatsache, daß dieser Plan offenbar bereits in Druck gelegt wurde?“

Darauf antworte ich wie folgt: Die abschließende Beschäftigung ergibt sich aus der Notwendigkeit der Beschlußfassung über den endgültigen Text, über den faktisch Einhelligkeit besteht, und aus der Notwendigkeit der weiteren Durchführung des Planes.

Die letzte Frage, die Frage 11, lautet: „Wie erklären Sie die Behauptung, der sogenannte Koren-Plan werde bereits systematisch verwirklicht, obwohl offenbar ein wirksamer Beschluß über diesen Plan noch nicht vorliegt?“

Vizekanzler Dr. Withalm

Darauf antworte ich wie folgt: Der Plan besteht aus einer Fülle von Einzelmaßnahmen, die von verschiedenen Ressorts durchzuführen sind. Selbstverständlich konnte jedes Ressort im Rahmen seiner Ressortverantwortlichkeit mit der Durchführung solcher Maßnahmen beginnen. Der Ministerrat beschloß in seiner Sitzung vom 27. Februar 1968, den zuständigen Ressorts zu empfehlen, sofort mit der Durchführung einer Reihe von Maßnahmen zu beginnen.

Vorsitzender: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß § 59 Abs. E der Geschäftsordnung kein Redner länger als 30 Minuten sprechen darf.

Zum Wort hat sich Herr Bundesrat Porges gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Porges (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der Herr Vizekanzler hat sich die Beantwortung der an die Bundesregierung gestellten Fragen doch ziemlich einfach gemacht. Ich muß sagen, daß wir uns mit diesen Antworten keineswegs zufriedengeben können. Der Herr Vizekanzler macht es sich nämlich sehr leicht, indem er sagt: Bitte schön, erst am Freitag in der Ministerratssitzung! Er beantwortet zirka die Hälfte der Fragen, die wir gestellt haben, mit dem Hinweis: Alles erst am Freitag in der Ministerratssitzung. Bei allen unseren eingehenden Fragen, was denn in dem Koren-Plan eigentlich stehe, hat also der Herr Vizekanzler praktisch die Antwort unter den Tisch fallen lassen. Ich glaube, niemand kann hier behaupten, wir hätten vom Herrn Vizekanzler auch nur ein Wort des sogenannten Koren-Plans in Erfahrung bringen können.

Nach den Behauptungen der Regierung und den jetzigen Ausführungen des Herrn Vizekanzlers ist der Koren-Plan doch eigentlich schon lange vorhanden, sodaß auf Grund des Koren-Plans die einzelnen Ressorts sogar schon mit entsprechenden Maßnahmen beginnen konnten. Ich muß sagen, daß es eine Überspielung des österreichischen Parlaments, eine Überspielung der Öffentlichkeit ist, wenn auf Grund eines noch gar nicht beschlossenen Plans — denn das soll ja auch erst am Freitag geschehen — bereits an die einzelnen Ressorts Anweisungen gegeben werden, mit der Durchführung von Maßnahmen auf Grund des sogenannten Koren-Plans zu beginnen.

Nun bedauere ich natürlich den Herrn Finanzminister Dr. Koren, da ja in Zukunft sein Name mit diesem Plan ununterbrochen in Verbindung gebracht werden wird. In solchen Fällen handelt es sich meistens um eine Beamtenarbeit, und der Herr Finanzminister muß seinen guten wissenschaftlichen

Namen dazu hergeben, weil es die Österreichische Volkspartei so beschlossen hat. Das kann ich, wie gesagt, nur bedauern.

Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, daß wir mit der Beantwortung äußerst unzufrieden sind, daß man sich die Beantwortung außerordentlich leicht gemacht hat; der Herr Vizekanzler hat auf die Frage 10 geantwortet: Erst Beschlußfassung über den endgültigen Text! — Also auch der endgültige Text steht noch nicht fest, auch er soll erst am Freitag beschlossen werden, hat der Herr Vizekanzler in der vorigen Woche dem Herrn Abgeordneten Konir im anderen Haus geantwortet.

Ja wenn der Ministerrat — der Herr Vizekanzler denkt jetzt: Gott behüte! — am Freitag diesen Text nicht beschließt oder Abänderungen beschließt, aber die Drucklegung schon veranlaßt ist, dann gerät die Bundesregierung im allgemeinen und geraten der Herr Vizekanzler und der Herr Finanzminister im besondern in eine ziemlich arge Verlegenheit.

Da wir neugierig gewesen sind, fragte mein Freund Dr. Skotton, ob er nicht solch ein Exemplar bekommen könne, ob wir in dieses Büchel Einsicht nehmen können. Da hieß es: Nein, nein, das ist nicht möglich, also alles bitte erst nach der sagenhaften Ministerratssitzung am kommenden Freitag!

Ich stelle also fest: Die Fragen sind nur unvollkommen, nur zum Teil beantwortet worden. Die Antworten gehen an den wirklichen Fragen, die wir gestellt haben, und an den Tatsachen völlig vorbei. Schon aus dieser Beantwortung, Hohes Haus, ergibt sich das wechselvolle, das irrlichternde, das nicht überlegte Vorgehen einer Bundesregierung, die praktisch mit den Problemen überhaupt nicht fertig wird.

Jetzt wird erklärt: Der Koren-Plan ist schon fertig, er wird schon gedruckt, wird aber erst am Freitag beschlossen. Da muß ich also auf jene Pressemeldungen verweisen, die mein Freund Dr. Skotton zum Teil — nur zum Teil! — zitiert hat. Ich habe hier drei Seiten solcher Pressemeldungen, die sich nur auf Ankündigungen und Vorankündigungen des Koren-Plans beziehen. Ich weiß aber gar nicht, ob meine Liste schon vollständig ist, weil sich ja die Zeitungen der Österreichischen Volkspartei und die ihr nahestehenden Blätter ununterbrochen damit beschäftigt haben. Ich könnte jetzt, beginnend mit dem 2. Februar bis gestern, 23. April, außerordentlich viele Zitate aus den diversen Zeitungen bringen, aus dem „ÖVP-Pressedienst“, der „Presse“, der „Wiener Zeitung“ und so weiter, durchwegs Meldungen, in denen Mitteilungen über

6760

Bundesrat — 264. Sitzung — 24. April 1968

Porges

den Inhalt des sogenannten Koren-Plans gebracht werden. Als ich gestern um 8 Uhr abends die erste Ausgabe des „Kuriers“ in die Hand bekommen habe, schlug ich Seite 2 auf und — héureka! — las: Am Freitag wird der Koren-Plan beschlossen! (*Rufe bei der ÖVP: Héureka!*) Bitte? (*Weitere Rufe bei der ÖVP: Héureka!*) Heute noch? (*Heiterkeit.*)

Das sind also die Tatsachen. Wir müssen darüber reden, weil die Öffentlichkeit eine klare Antwort verlangt. Sogar der Präsident des Gewerkschaftsbundes, Herr Abgeordneter Benya, hat gestern wieder die Frage aufgeworfen: Was steht also im Koren-Plan? Heute haben wir, um darüber reden zu können, diese Anfrage, in 11 Punkte gegliedert, gestellt. Ich muß aber sagen: Wir gehen aus diesem Saale hinaus und wissen eigentlich genausowenig wie zuvor. Wir hatten doch erwartet, daß wir von den beiden verantwortlichen Herren, die uns heute auf der Ministerbank die Ehre und Auszeichnung ihrer Anwesenheit geben, konkrete Antworten bekommen. Wir stellen mit Bedauern fest, daß das nicht geschehen ist und daß unsere Fragen unbeantwortet geblieben sind.

Ich weiß nicht, wann der Herr Vizekanzler überhaupt in der Lage sein wird, uns auch so ein Büchel auszuhändigen. (*Bundesrat Bürkle: Am Freitag! — Heiterkeit.*) Ich bin ja sehr skeptisch. Denn wenn etwas seit Februar Tag für Tag angekündigt wurde und heute noch immer nicht da ist, dann ist natürlich jede Skepsis vollkommen berechtigt.

Meine Damen und Herren! Die Tatsachen sehen ja vermutlich so aus: Der Ministerrat hat am 12. März einen Stichwortkatalog mit allgemeinen Phrasen beschlossen und es nicht gewagt, diesen Stichwortkatalog schon damals als das „Koren-Konzept“ zu veröffentlichen. Daraufhin begannen also die — (*zu Bundesrat Dr. Skotton gewendet*) wie hast du gesagt? — bündischen Auseinandersetzungen. Diese bündischen Auseinandersetzungen wurden ja ziemlich heftig geführt (*Bundesrat Bürkle: Kränkt Sie das?*), und während man sonst beim Tauziehen davon spricht, daß nur zwei ziehen, so muß man sagen, daß hier sechs oder sieben an verschiedenen Tauen gezogen haben. Was dabei herausgekommen ist, wissen wir ja heute noch immer nicht. Das werden wir vermutlich erst nach der freitägigen Ministerratsitzung erfahren.

Dieses Tauziehen der Bünde dauerte einige Wochen. Die Bünde konnten sich also nicht darüber einigen, wie die Struktur der Wirtschaft Österreichs in Zukunft geändert werden soll.

Bei all diesen Dingen hat man immer so hämische kleine Seitenhiebe gegen das Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei geführt. Das Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei liegt seit Februar vor! (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Meine Herren! Aber nun frage ich Sie: Wer hat es von Ihnen gelesen? — Niemand! Ich bin davon überzeugt, niemand von Ihnen hat es gelesen. (*Bundesrat Bürkle: Wir! Erst auf dem Parteitag im Herbst wird es beschlossen!*) Sie sind Regierungsmitglied, Sie haben fast die Pflicht dazu, Herr Kollege Bürkle! Aber ich bin überzeugt: Keiner von den anderen Herren hat es gelesen. Dieses Programm basiert auf wirklichen, wissenschaftlichen, strukturellen Untersuchungen, auf Untersuchungen, die auf der anderen Seite dieses Hauses noch niemals angestellt wurden. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Ja, das ist unser Programm (*der Redner zeigt eine Broschüre vor*), das gedruckte Exemplar hat über 100 Seiten. Wenn Sie sich einmal mit der Wirtschaft im allgemeinen und mit der österreichischen Wirtschaft im besonderen beschäftigen wollen, dann würde ich Ihnen allen, meine Herren, empfehlen, sich ein Exemplar unseres Entwurfes anzuschaffen und sich damit zu beschäftigen. Ich glaube, daß dies zu Ihrer wirtschaftlichen Bildung außerordentlich viel beitragen könnte. (*Bundesrat Hofmann-Wellenhof: Ist das schon die gültige Fassung?*)

Nach diesem wochenlangen Tauziehen hat man sich unter dem Druck der von uns tagtäglich gestellten Fragen — ich verweise auf die Presse, auf die Anfragen, die im Nationalrat gestellt wurden; ununterbrochen wurden Anfragen gestellt — jetzt doch dazu entschlossen, den seinerzeitigen mageren Stichwortkatalog mit ein wenig Fett anzureichern. Das Ergebnis wird der am Freitag zu beschließende sogenannte Koren-Plan sein. Mein Kollege Dr. Skotton hat recht: Die Regierung druckt jetzt schon einen Plan, der erst am Freitag beschlossen werden soll. — Aber das sind nur kleine Nebensächlichkeiten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Dinge hier doch etwas zu leicht genommen wurden. Vor allem dann, wenn ich mir die praktische Tätigkeit der Regierung in den letzten zwei Jahren vor Augen führe, muß ich sagen, daß die Taktik, die da um den Koren-Plan eingeschlagen wurde, dieser Regierungstätigkeit die Krone aufsetzt. Ich wiederhole also: Die Regierung ist bis jetzt mit keinem der Probleme fertig geworden. Der Herr Bundeskanzler macht „Lustreisen“ nach Amerika und nach Japan. Über die Kommuniqués, die über seine Reise ausgegeben werden, möchte ich sagen: Ich bin ein alter Journalist,

Porges

ich kann genau abschätzen, wie sich der Journalist, der das Kommuniké verfaßte, geplagt hat, um irgend etwas in dieses Kommuniké hineinzubringen, aber es steht trotzdem nichts drin! Es ist nur eine Aneinanderreihung von inhaltlosen Phrasen.

Meine Damen und Herren! Mit dieser Feststellung, mit dieser Kritik, daß die Regierung abermals nichts weitergebracht hat, und in der Befürchtung, daß sie auch weiterhin nichts weiterbringen wird, schließe ich meine Rede, hoffe aber, daß wir im Laufe dieses Jahres nach dem Freitag-Beschluß des Ministerrates endlich doch ein gedrucktes Exemplar des Koren-Planes bekommen werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Zum Wort hat sich ferner Herr Bundesrat Dr. Fritz Eckert gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dr. h. c. Eckert (ÖVP): Hoher Bundesrat! Herr Vizekanzler! Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Porges gab seiner Verwunderung Ausdruck und meinte, daß er mit der Anfragebeantwortung durch den Herrn Vizekanzler und durch den Herrn Finanzminister nicht zufrieden sei. Erlauben Sie mir die Feststellung, daß auch wir angesichts dieser dringlichen Anfrage verwundert und erstaunt sind, ja daß wir uns diese dringliche Anfrage von Ihnen erst richtig sinngemäß ausdeutschen lassen müssen.

Um Mißverständnisse auszuschalten, stelle ich fest, daß wir nicht etwa gekränkt, beleidigt oder sonst irgendwie überrascht sind (*Ruf bei der SPÖ: Belustigt!*) auch nicht belustigt, aber sehr erstaunt, meine Damen und Herren, daß Sie diese Anfrage überhaupt an uns richten.

Hätte Sie nämlich der Koren-Plan früher genauso interessiert wie heute, so hätten Sie sich doch im Herbst des vergangenen Jahres längst laufend über den Stand der Beratungen über diesen Plan informieren können. (*Ruf bei der SPÖ: Wo ist er denn?*)

Der erste Entwurf des damaligen Staatssekretärs Professor Dr. Koren ist unter anderem auch dem Präsidium des Gewerkschaftsbundes, dem Präsidium der Arbeiterkammer (*Bundesrat Böck: Das war doch etwas ganz anderes! Der kennt ihn ja selbst nicht!*) schon im vorigen Jahr übermittelt worden. Daran, sehr verehrter Herr Kollege, schlossen sich Kontaktgespräche in einem Kontaktkomitee, dem die vier Präsidenten der Interessenvertretungen und auch der Herr Präsident der Oesterreichischen Nationalbank angehörten. Und schließlich — das darf ich Ihnen in Erinnerung rufen — finden und fanden laufend Gespräche mit Experten aller dieser

Organisationen statt. (*Bundesrat Porges übergibt dem Redner ein Exemplar der „Neuen Zeit“.*) Danke sehr! Wenn Kollege Porges so freundlich ist und mir die „Neue Zeit“ mit dem Titel „ÖGB möchte gerne den Koren-Plan sehen“ auf den Tisch legt, so muß ich sagen, ich habe ja die Antwort auf diese Frage bereits gegeben. (*Bundesrat Böck: Das stimmt doch nicht! Um den ersten Entwurf haben wir betteln müssen! — Bundesrat Novak: Der erste Entwurf ist schon längst überholt!*)

Genauso gut wie den Herrn Vizekanzler und den Herrn Finanzminister hätten Sie, meine Damen und Herren, wäre Ihr Interesse am Motiv und am Werdegang dieses Planes schon immer so groß gewesen wie heute, in den letzten Monaten — ich werde durch Zwischenrufe korrigiert, daß es nicht wahr sei, daß Experten der Interessenvertretungen, die mitgewirkt und mitberaten haben, damit konfrontiert, damit befaßt wurden — geachtete Experten wie Dr. Staribacher, Dr. Kienzl, Dr. Veselsky und andere fragen können.

Die Dringlichkeit Ihrer Anfrage ergibt sich wohl vor allem aus der Dringlichkeit eines Bedürfnisses, noch vor der Sitzung des außerordentlichen Ministerrates am Freitag, die sich mit diesem Plan abschließend noch einmal beschäftigen wird, formale Fragen aufzuwerfen und Haarspaltereien zu betreiben. Ich will nicht dasselbe tun, meine sehr verehrten Damen und Herren, denn sonst müßte ich auf die Geschäftsordnung dieses Hohen Bundesrates verweisen und den § 59 in Erinnerung rufen, in dem unmißverständlich steht, daß eine in derselben Sitzung eingebrachte Anfrage an ein Mitglied der Regierung begründet wird und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet. Aber ich bleibe meiner Feststellung treu, daß ich keine Haarspalterei betreiben möchte.

Es scheint, daß es Ihnen, meine Damen und Herren, wenig Freude bereitet, daß die Arbeiten am Wirtschaftskonzept der Bundesregierung so großzügig vorangeschritten sind. Dabei ist es zweifelsohne nicht nur der Wunsch der Bevölkerung, sondern auch der Wunsch — ich betone das ausdrücklich und unterstreiche es — aller in diesem Hohen Hause vertretenen Parteien und nicht zuletzt der berechtigten Wunsch der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, daß ein solches Konzept zur Sicherung der Vollbeschäftigung, zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Förderung des Wirtschaftswachstums möglichst rasch in die Tat umgesetzt wird. Wir folgen ja mit dem Koren-Plan immer wieder nur einer Mahnung, einer Forderung gerade auch der Interessenvertretungen. Daher ver-

6762

Bundesrat — 264. Sitzung — 24. April 1968

Dr. h. c. Eckert

stehen wir nicht, warum wir hier nicht Ihr Einverständnis finden können. (*Bundesrat Dr. Skotton: Weil wir uns fragen: Wie kann ein Plan verwirklicht werden, der erst beschlossen werden wird?!*)

Über die Grundzüge dieses Konzeptes besteht innerhalb der Bundesregierung schon seit längerer Zeit Einhelligkeit. Die Regierung ist hier erfreulicherweise nicht den „Amtsweg“ gegangen, sondern hat größten Wert auf eine möglichst rasche, praktische Durchführung der im Koren-Plan seit längerer Zeit vorgesehenen Maßnahmen gelegt.

Wie Sie, meine Damen und Herren, der Anfragebeantwortung entnehmen konnten, hat der Herr Finanzminister dem Ministerrat bereits am 27. Februar einen mündlichen Bericht über den Stand der Beratungen über diesen Plan gegeben. Der Ministerrat hat den für die Durchführung dieses Planes ressortzuständigen Ministern — es sind dies neben dem Finanzminister der Handelsminister, der Verkehrsminister, der Bautenminister, der Landwirtschaftsminister und die Frau Sozialminister — die eheste Inangriffnahme der vorgesehenen gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen empfohlen.

Einzelne Gesetzentwürfe — ich erwähne hier als Beispiel die Kartellgesetznovelle — sind bereits vor längerer Zeit zur Begutachtung ausgeschickt worden. Andere Gesetzentwürfe werden noch ausgearbeitet. Daneben sind Verhandlungen über Maßnahmen im Gange, die vertragliche Vereinbarungen oder sonstige Vorbereitungen erfordern.

Daneben besteht aber zweifellos das Bedürfnis, das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung als einen Katalog aller beabsichtigten Maßnahmen in einem endgültigen Wortlaut im Ministerrat zu beschließen und diesen Wortlaut auch allen interessierten Stellen und der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck wurde, wie Sie bereits hörten, für Freitag, den 26. April, ein außerordentlicher Ministerrat einberufen. Diesem Ministerrat wird das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung in Form eines Ministerratsvortrages vorliegen. Der Ministerrat wird den endgültigen Text dieses Konzeptes beschließen (*Bundesrat Dr. Skotton: Ein Konzept, das bereits realisiert wird!*) und über die weitere Verwirklichung dieses Konzeptes beraten.

Zur Information der breiteren Öffentlichkeit wird außerdem, wie Sie, meine Damen und Herren, bereits der Anfragebeantwortung entnehmen haben, der Öffentlichkeit eine Broschüre übergeben werden. Ich habe kein Recht, für den Herrn Finanzminister jetzt Erklärungen abzugeben, aber ich glaube,

alle anwesenden Damen und Herren — auch der Herr Kollege Porges hat ihm Respekt gezollt — schätzen ihn als Wissenschaftler und als anerkannten Volkswirtschaftler. Ich bin aber überzeugt, daß der Herr Finanzminister sehr gern bereit ist, den Sprechern der Sozialistischen Partei das gedruckte Exemplar des Koren-Plans auch mit einer Widmung zu übergeben. (*Bundesrat Dr. Skotton: Das wird uns aber freuen! — Bundesrat Porges: Jetzt erst, wo schon Maßnahmen angeordnet worden sind und die Ressorts schon arbeiten!*)

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch auf die Problematik der sich häufenden mündlichen, schriftlichen und dringlichen Anfragen zu sprechen kommen. Um alle Mißverständnisse auszuschalten, stelle ich klar und deutlich fest, daß niemand der Volksvertretung das Recht auf Kontrolle der Regierung weder nehmen wird noch nehmen will; niemand beabsichtigt, dieses Recht in Frage zu stellen. Der Charakter der in letzter Zeit gestellten Anfragen entspricht aber oft weniger dem Bedürfnis der Kontrolle (*Zustimmung bei der ÖVP*) als der offenkundigen Absicht, die einzelnen Ministerien mit zusätzlicher Arbeit einzudecken. (*Bundesrat Schweda: Weil die Antworten zum Teil einer Herausforderung gleichkommen! — Widerspruch bei der ÖVP.*)

Allein dem Finanzminister wurden in letzter Zeit fast 50 Anfragen übermittelt, die zahlreiche Beamte, um nicht zu sagen das ganze Haus, für viele Tage blockieren und beschäftigen. Wenn solche Anfragen dann noch die bloße Auskunftserteilung in Fragen von keineswegs größerem Öffentlichkeitsinteresse zum Ziele haben, dann ist die Frage zu stellen, ob nicht zur Verwaltungsvereinfachung auch einmal von Seite Ihrer Partei ein echter Beitrag geleistet werden sollte. (*Bundesrat Schweda: Wir machen einen Vorschlag: Lösen Sie Pisa ab! Dann haben Sie eine Verwaltungsvereinfachung!*)

Auch in dem speziellen Fall dieser dringlichen Anfrage ist die Öffentlichkeit wohl in erster Linie an den Ergebnissen des Koren-Plans interessiert und nicht so sehr an der Frage, wann, wo, was beantragt, beschlossen oder gedruckt wurde.

Meine Damen und Herren! Vielleicht spricht aus dieser dringlichen Anfrage auch der Ärger darüber, daß die Regierung bereits jetzt handelt, während Sie über Ihr Wirtschaftskonzept noch bis zum Herbst dieses Jahres reden werden (*Bundesrat Dr. Skotton: Sie handeln nach einem Plan, der noch gar nicht vorliegt!*), während die Öffentlichkeit über Ihr Wirtschaftskonzept, wie wir Ihrer Presse entnehmen haben, erst im Herbst dieses Jahres

Dr. h. c. Eckert

endgültig informiert werden wird. Die Regierung hingegen wird über das, was sie schon in nächster Zeit tun will, die Öffentlichkeit nicht erst im Herbst, sondern noch in dieser Woche in Kenntnis setzen.

Sie werden dieser Öffentlichkeit nur schwer begreiflich machen können, daß es Ihnen bei dieser dringlichen Anfrage darum ging, ein Exemplar des Koren-Plans noch zwei Tage vor der Ministerratssitzung zu bekommen, nach der er dann der Öffentlichkeit in der gedruckten Broschüre übergeben werden wird. Ich habe irgendwo gelesen, daß unser geachteter Herr Finanzminister und auch hier respektierter Nationalökonom vielleicht einige Ejzess aus Ihrem Programm benötigt hätte. Das ist sicherlich nicht der Fall. Ich kann auch nicht annehmen, daß Sie zwei Tage vor dieser Veröffentlichung beim Herrn Finanzminister noch eine wirksame Anleihe machen wollen.

Sie haben den Herrn Finanzminister durch diese dringliche Anfrage für einige Stunden von seiner sehr dringlichen Arbeit und seinen sehr großen Verpflichtungen abgehalten. (*Bundesrat Dr. Skotton: Dadurch wird der Koren-Plan noch weiter verzögert!*) Herr Kollege! Aber davon, daß die Regierung konsequent ihr in der Regierungserklärung grundsätzlich festgelegtes und im Koren-Plan durch zahlreiche konkrete Maßnahmen präzisiertes Wirtschaftskonzept verwirklicht, können Sie die Regierung nicht abhalten!

Wir danken daher in aller Öffentlichkeit der Regierung und vor allem dem Herrn Minister Koren, der schon voriges Jahr als Staatssekretär seinen Urlaub opferte, um dieses Konzept mit einer Reihe von Experten auszuarbeiten. Wir sagen ihm für diese Mühewaltung aufrichtigen Dank. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Porges: Spät kommt der Applaus!*)

Meine Damen und Herren! Das rasche Handeln der Regierung wird letzten Endes nicht nur den Beifall der Wähler der Regierungspartei finden, sondern auch den Beifall aller, die in diesem Lande auch in Zukunft einen gesicherten Arbeitsplatz, ein steigendes Realeinkommen und soziale Sicherheit auf der Grundlage einer gesunden, wettbewerbsfähigen und weiterwachsenden Wirtschaft finden wollen. Daran, meine sehr verehrten Damen und Herren, müßte meiner und unserer Überzeugung nach auch Ihre Partei sehr interessiert sein. Daher laden wir Sie höflichst ein, auf dieser gemeinsamen aufbauenden Linie mitzuarbeiten. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Zum Wort hat sich ferner Frau Bundesrat Maria Matzner gemeldet. Ich erteile es ihr.

Bundesrat Maria Matzner (SPÖ): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Mich wundert zu hören, daß die Österreichische Volkspartei das Wort „Plan“ überhaupt in den Mund nimmt und für die Aktionen verwendet, die sie auf wirtschaftlichem Gebiet in der allernächsten Zukunft und vor allem zur Sanierung des Bundesbudgets 1968 und 1969 durchzuführen hat. Bis jetzt war das Wort „Plan“ immer etwas wie eine „Infektionskrankheit“, von der die Sozialisten befallen sind. (*Ruf bei der ÖVP: Es kommt auf die Art an!*) Auch im letzten Wahlkampf wurde, wenn die Sozialisten von „Plan“ und von „Planung“ geredet haben, das immer damit gleichgestellt, daß es eigentlich die Vorbereitung eines kommunistischen Regimes bei uns in Österreich bedeute. Es ist also schon ein gewisser Fortschritt, und wenn man will, ist eine gewisse Angleichung an das, was für alle Österreicher wirtschaftlich notwendig ist, wenigstens mit dem Worte zum Ausdruck gebracht.

Daß wir uns aber mit dem Wort „Plan“ oder „Koren-Plan“ nicht begnügen, müssen Sie deshalb verstehen, weil die Sozialisten schließlich nicht erst seit Wochen, sondern schon seit Monaten davor warnen, daß es einen wirtschaftlichen Rückschritt von unerhört großer Tragweite für die österreichische Bevölkerung gibt. Da die Österreichische Volkspartei mit der Parole, daß sie eine Regierung für alle Österreicher sein will, in den Wahlkampf gezogen ist, müssen Sie verstehen, daß die Sozialisten nun sagen, daß aber doch alle Österreicher eigentlich möglichst rasch erfahren sollten, was auf wirtschaftlichem Gebiet vorzubereiten und was auf diesem Gebiet durchzuführen ist. Ich persönlich habe im Zusammenhang mit der Beantwortung der dringlichen Anfrage, die die Sozialisten gestellt haben, den Eindruck bekommen, daß man den Koren-Plan als eine Geheimwaffe der Österreichischen Volkspartei gegen alle Österreicher zu bezeichnen hat.

Das kommt doch richtig zum Ausdruck, wenn man auch heute noch nicht die Anfragen beantwortet, wenn man auch heute noch nicht Konkretes sagt, sondern ankündigt, daß die Broschüre am 26. April erscheinen werde.

Wir haben außerdem das Gefühl — vielleicht ist das unberechtigt, ich weiß es nicht ganz genau, aber ich persönlich zumindest habe dieses Gefühl —, daß man diese Beantwortung sozusagen auf den Augenschein hin und vielleicht im Hinblick auf die Aussendung des Herrn Staatssekretärs Pisa berechnet und möglichst kurz macht, damit sie auch in die Presse vollständig aufgenommen wird, und

6764

Bundesrat — 264. Sitzung — 24. April 1968

Maria Matzner

zwar in jene Presse, die der Herr Staatssekretär Pisa für die Übernahme solcher Informationen für geeignet hält. In Anbetracht dieses Umstandes kommen wir erst recht zur Überzeugung, daß die Beantwortung in der Form, in der sie vom Herrn Vizekanzler Dr. Withalm und vom Herrn Finanzminister Dr. Koren durchgeführt wurde, keineswegs den Tatsachen entspricht, sodaß wir damit auch nicht zufrieden sein können.

Ich kann mich dabei auch auf eine Aussendung des „ÖVP-Pressedienstes“ vom 2. Februar 1968 berufen, nach welcher Herr Bundeskanzler Klaus auf dem Bundesparteirat der Österreichischen Volkspartei gesagt hat: Die Bevölkerung beurteilt uns ja vielfach gar nicht danach, was wir tun, sondern danach, ob wir rasch handeln, einig auftreten und bei einmal gefaßten Beschlüssen auch bleiben.

Wir Sozialisten sind auch der Auffassung, wenn man nun endlich auch auf Seite der Österreichischen Volkspartei zur Ansicht gekommen ist, man muß etwas tun, dann soll sie es rasch tun. Seit dem „Paukenschlag“ des Herrn Finanzministers Koren interessieren wir uns sehr dafür, was dem Paukenschlag folgt. Folgt die große gespannte Leere, die große Pause nach dem Paukenschlag, oder ist es nicht vielmehr notwendig — das ist doch zumindest die Absicht der Österreichischen Volkspartei —, die Österreicher sozusagen Zug um Zug aufzuklären über die notwendigen Maßnahmen, die zu setzen sind. Man „vergißt“ dabei selbstverständlich nicht, darauf hinzuweisen, daß diese Maßnahmen deshalb notwendig sind, weil die Sozialisten in der Koalitionsregierung Forderungen gestellt haben, die zu dieser ungeheuren Verschuldung führten und damit zur Budgetsanierung und im Zusammenhang damit zum Koren-Plan führen mußten.

Wir wüßten ganz gerne schon ein bißchen früher, wie die Details aussehen. Sind es diese Steuergesetze, die angekündigt sind, die uns bekannt sind, die — wie uns aus der Presse bekannt ist — zur Begutachtung ausgesendet sind?

Was uns fehlt, ist der zweite Teil dieses Koren-Planes, soweit ich das verstehe und auffasse. Wo bleibt die restliche Budgetsanierung, die scheinbar die Geheimwaffe ist? Man redet von Einsparungen, und die einzelnen Ressortminister sind scheinbar beauftragt, im Sinne des Koren-Planes Aktionen zu setzen, um diese mehr als 3 Milliarden Schilling, die zur Bedeckung des Budgets 1968 auch noch notwendig sind, einzusparen. Man weigert sich, in gewissen Umrissen der Fraktion, die in diesem Hause zumindest

eine Mehrheit bedeutet, absolut offen und ehrlich Auskunft zu geben. Darauf haben wir Anspruch, meine Damen und Herren (*Beifall bei der SPÖ*), wenn Sie sich zur Demokratie bekennen.

Aber wir sind auch aus folgendem Grund ein bißchen, sagen wir, mißtrauisch geworden, ich gebe das für mich persönlich zumindest zu: Unser jetziger Nationalbankpräsident, der seinerzeitige Finanzminister Dr. Schmitz, hat in der Bundesratssitzung am 17. Jänner im Zusammenhang mit Anfragen, die die Sozialisten an ihn gestellt haben, eine sehr eigenartige Antwort gegeben, an die ich mich im Zusammenhang mit der Form der Anfragebeantwortung, wie sie die beiden Herren Minister jetzt gegeben haben, erinnert habe. Der damalige Herr Finanzminister Dr. Schmitz hat in humorvoller Weise — Humor ist ihm sonst, zumindest soweit mir bekannt ist, nicht sehr gelegen — geantwortet:

„Ich darf Sie an folgende Situation erinnern: In der Kriegszeit hatte ein Team von Chemikern den Auftrag bekommen, aus Kuhmist Butter zu erzeugen, um die Ernährungslage zu verbessern. In wenigen Tagen kam das erste Erfolgstelegramm an das Reichsernährungsministerium: Streichfähigkeit ist schon erreicht!“

Das war die Antwort des damaligen Finanzministers auf eine Anfrage der Mehrheit der Abgeordneten dieses Hauses. Ich möchte dazu sagen, daß das beleidigend war. Beleidigend war auch, in welcher Form heute die beiden Minister die Anfragen beantworteten, denn so ist das ja nicht, daß man auf der Regierungsbank oder in der Bundesregierung nicht weiß, was am 26. April beschlossen wird, denn es ist doch nicht möglich, daß man in einer Fülle von Presseaussendungen und Presseinformationen die Öffentlichkeit falsch informiert hat und heute angeblich nicht bereit und in der Lage ist, dazu Stellung zu nehmen.

Sie müssen mir daher erlauben, doch einiges von diesen Zeitungsveröffentlichungen zu bringen, die Herr Staatssekretär Pisa sicherlich absolut koordiniert hat, so muß ich annehmen, denn er ist ja der Mann, der die Aussendungen oder Auffassungen der einzelnen ÖVP-Minister koordinieren soll, damit eine einheitliche Sprache herbeigeführt wird.

So schreibt die „Wiener Zeitung“ vom 13. März 1968:

„Der Ministerrat befaßte sich gestern“ — also am 12. März — „unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Klaus mit dem Ergebnis der Beratungen, die ein Komitee, bestehend aus den Bundesministern der Wirtschaftsressorts und Wirtschaftsexperten, in den letzten

Maria Matzner

Wochen durchführte. Die Empfehlungen dieses Komitees, die das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung zum Gegenstand hatten, wurden, wie amtlich bekanntgegeben wird, vom Ministerrat genehmigt.“

Das „Volksblatt“ vom 23. Februar 1968 veröffentlicht groß als Schlagzeile: „Wirtschaftsplan wird bis zum 11. März fertig.“

Der „ÖVP-Pressedienst“ vom 2. Februar 1968 erwähnt: „Gerade der Ernst der internationalen wirtschaftlichen und budgetären Situation erfordert es, daß wir keine Zweifel an unserer Entschlossenheit aufkommen lassen, rasch die notwendigen Konzepte zu entwickeln — das wirtschaftliche Konzept liegt bereits auf dem Tisch —, auf Grund dieser Konzepte die entsprechenden Maßnahmen zu treffen und die Maßnahmen gegenüber der Öffentlichkeit zu begründen.“ „Der Ministerrat am 27. Februar wird den abschließenden Bericht des wirtschaftlichen Ministerkomitees beraten und die notwendigen Beschlüsse fassen.“

Immerhin haben wir heute den 24. April.

„Die Presse“ vom 28. Februar sagt: „Ministerrat billigte Wirtschaftsplan — Stichtag 12. März. Am 11. März wird das wirtschaftliche Ministerkomitee und tags darauf der Ministerrat die Maßnahmen des Koren-Planes fixieren.“

„Salzburger Nachrichten“ vom 28. Februar: „Finanzminister Professor Dr. Stephan Koren berichtete Dienstag der Regierung über den Stand der Verhandlungen im Ministerkomitee für wirtschaftliche Angelegenheiten.“

Die „Wiener Zeitung“ vom 16. März 1968 — Bundeskanzler Dr. Klaus von Österreichs Botschaftern in den EWG-Staaten —: „Was die Anpassung der österreichischen Wirtschaftsstruktur an einen großen dynamischen Markt anbelangt, so hat die österreichische Bundesregierung schon autonom im Rahmen des schrittweise zu verwirklichenden Koren-Planes Maßnahmen gesetzt, die zusammenfassend geeignet sind, die Entwicklung in Richtung eines wettbewerbsorientierten Industriestaates nachdrücklich zu fördern.“

Ein bißchen dürfte es da Schwierigkeiten geben mit der notwendigen Förderung der Industrie bei uns in Österreich.

Die „Wiener Zeitung“ vom 5. März 1968 am Schluß eines Artikels des Herrn Ministers Mitterer:

„Die Bundesregierung wird in Kürze nicht etwa weitere Wirtschaftskonzepte zur Diskussion stellen, das wäre reichlich spät, sondern ihr wirtschaftliches Programm in die Tat umsetzen.“

Aber alles bleibt sozusagen noch in der Dämmerung der weiteren Beratungen. Der liebe Österreicher soll sozusagen vermutlich in Form eines Weihnachtsgeschenkes überrascht werden von dem, was nun eigentlich aus all diesen in der Öffentlichkeit immer wieder als fertig dastehend zitierten Plänen, Konzepten oder Maßnahmen für die Österreicher in Betracht gezogen wird und für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung bei uns in Österreich geschehen soll.

Die „Wiener Zeitung“ vom 23. April zitiert den Herrn Vizekanzler Withalm vor dem „Ennstaler Kreis“. Das ist sozusagen allerneuesten Datums, Herr Vizekanzler:

„Mit den Maßnahmen zur Budgetgesundung, zu denen alle Österreicher einen Beitrag leisten, und der systematischen Verwirklichung des Koren-Planes hat die Bundesregierung die notwendigen Impulse für die Wiederankurbelung der Konjunktur geschaffen, setzte Dr. Withalm fort.“

Das „Volksblatt“ vom 23. April zitiert ebenfalls den Herrn Vizekanzler vor dem „Ennstaler Kreis“: „Mit der systematischen Verwirklichung des Koren-Planes habe die Bundesregierung die notwendigen Impulse zur Wiederankurbelung der Konjunktur gegeben, sagte Dr. Withalm.“

Das alles wird in der Öffentlichkeit in der Form von Schlagworten, in der Form von — ich möchte nicht Allgemeinplätze sagen — allgemeinen Sätzen gesagt, wird so dargestellt, als wäre ohnedies schon alles fix und fertig: Lieber Österreicher, hab nur mit dieser ÖVP-Bundesregierung noch ein bißchen Geduld! Aber ihr, die sozialistische Fraktion — so hat es uns zumindest der Herr Bundesrat Eckert gerade vorhin zu verstehen gegeben —, müßtet doch eigentlich daran interessiert sein, mit uns fair an der Vollendung oder der Durchführung dieses Konzeptes zusammenzuarbeiten.

Meine Damen und Herren! Dann legt uns doch das Konzept vor, damit wir dazu Stellung nehmen können. Wir haben nichts anderes mit dieser unserer dringlichen Anfrage verlangt, und darauf haben Sie die Antwort verweigert. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Als nächster hat sich Herr Bundesrat Novak zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Novak (SPÖ): Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Es ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die gesamte Öffentlichkeit nunmehr seit vielen Wochen — man kann förmlich sagen — von einer zentralen Stelle aus mit Hoffnungsworten und Botschaften bombardiert wird, sie soll sich nur noch ein

6766

Bundesrat — 264. Sitzung — 24. April 1968

Novak

wenig Zeit lassen. Wenn man sich die Abhandlungen aus der Zeit, in der über einen sogenannten Koren-Plan gesprochen wurde, ansieht, so kann man feststellen, daß einmal eine Empfehlung beschlossen wurde, in einer anderen Sitzung ein mündlicher Bericht zur Kenntnis genommen wurde, in einer anderen Sitzung und in einem Komitee Abänderungen beschlossen wurden. Dann hört man wieder, daß es bei Vorschlägen Schwierigkeiten mit den diversen Bündeln gibt, und dann mußte wiederum über eine Abänderung verhandelt werden. Jedenfalls hat man in der Öffentlichkeit nur so propagiert, daß man dieser Österreichischen Volkspartei mehr glauben und mehr Zutrauen zu ihr haben soll.

Das geschieht, weil sich die Sozialisten seit geraumer Zeit sehr ernste Sorge um die österreichische Wirtschaft und das Wohlergehen der österreichischen Bevölkerung machen und weil wir einen großen Kreis von Wissenschaftlern, Technikern, Gewerkschaftern, Kammerfunktionären und Interessenvertretern monatelang versammelt gehabt haben (*Bundesrat Schreiner: Wo nichts herausgekommen ist!*), die eine ernste Analyse der österreichischen Wirtschaft erstellt und diese in einem Bericht, einem Reformprogramm niedergelegt haben, damit die breiteste Öffentlichkeit der österreichischen Bevölkerung längere Zeit die Möglichkeit hat, sich über das Vorhaben und über die Gedanken der Sozialisten zu informieren, um dann zur gegebenen Zeit ein klares Bild zu haben.

Es kommt mir vor, daß diese ganze Offensive mit dem Koren-Plan nichts anderes bezweckt, als zu sagen: „Schaut euch das SPÖ-Wirtschaftsprogramm gar nicht an!“ Es soll den Menschen, denen es ernstlich darum geht, einen Weg für die Sanierung der österreichischen Staatsfinanzen, für eine Gesundung der österreichischen Wirtschaft zu finden, die Zeit genommen werden. „Wartet, bis das Kuckucksei des Koren-Plans nunmehr vollends ausgereift ist und das Programm ent schlüpfen kann!“

Ich möchte zuerst eine Richtigstellung anbringen. Herr Bundesrat Eckert hat gesagt, wir wären ja darüber informiert, der Österreichische Gewerkschaftsbund hätte den ersten Entwurf bekommen. Dazu möchte ich feststellen, daß dieser erste Entwurf gar nichts mit der Ordnung der Staatsfinanzen für das Jahr 1968, schon gar nicht für das Jahr 1969 und mit dem Staatsdefizit zu tun hatte, sondern daß er eine wirtschaftswissenschaftliche Abhandlung über die Industrialisierung Österreichs war, wie für die Gesamtwirtschaft Österreichs — wie wir oft gehört haben und wie ausgesprochen wird — die Strukturschwächen beseitigt werden können und wie sie der inter-

nationalen Entwicklung angepaßt werden kann, was notwendig ist, um den Prozeß zum Besseren zu gestalten.

Es geht in unserer Anfrage nicht um den ersten Entwurf, der dem ÖGB übermittelt wurde, sondern darum, worauf besonderer Wert gelegt wird, wie nun diesem großen Defizit, das im Jahre 1969 in der Höhe von 16 Milliarden Schilling erwartet wird, begegnet werden soll, damit es kleiner wird, damit es abgebaut werden kann, und was geschehen muß, um dieses Defizit zu verringern.

Da hat nun die Propaganda der ÖVP nur verschiedene reine Schlagworte in die Öffentlichkeit hinausgegeben. Man spricht davon, daß 8 Milliarden Schilling durch Kreditoperationen abgedeckt werden können, das heißt also, durch weiteres Schuldenmachen. Ob Kreditoperationen in der Höhe notwendig sind, ob sie verkraftet werden können, das kann man aus der bloßen Ankündigung, die so hingeworfen wird, nicht entnehmen.

Es wird weiters in der Propagandaaussendung festgehalten, daß für 5 Milliarden Schilling Ausgabeneinsparungen gemacht werden. Aber wo gespart werden soll, was eingespart werden soll, wem etwas weggenommen wird, ob das linear auf allen Gebieten, in allen Ressorts in der Verwaltung des Staates erfolgen soll oder nur auf bestimmten Gebieten, oder welche Ausgabenkürzungen gemacht werden, wer davon betroffen wird, das alles ist nicht ersichtlich, ist nicht erkennbar. Es sind nach allen Richtungen hin Vermutungen möglich, aber das ist nicht gut, das ist äußerst ungut. Nun konnten wir aus der Beantwortung unserer Anfrage gar nichts erfahren, ob und wie weit von diesen Dingen etwas im Koren-Plan steht.

Man spricht auch von 3,8 Milliarden Schilling Einnahmenerhöhungen. Nun, da weiß man auch nicht, ob neue Steuern erfunden oder bestehende Steuern erhöht werden. Verlangt man von der gesamten Bevölkerung ein Notopfer (*Ruf bei der ÖVP: Das steht in der Zeitung!*) oder nur von einem bestimmten Teil, werden Steuererhöhungen neuerlich die Bevölkerung belasten?

Ich glaube, diese Ungewißheit, alles, was in der Form in die Öffentlichkeit hinausgegeben wird, zeigt eines ganz deutlich, daß es nämlich in den Gremien der Österreichischen Volkspartei, zumindest bis vor kurzem, kein klares Konzept über die Sanierung der Staatsfinanzen gegeben hat, daß es hier erhebliche Differenzen gibt, die auch jetzt noch vorhanden sind, sonst könnte man nicht dauernd sagen: Es ist schon beschlossen, es wird schon realisiert, es wird schon daran gearbeitet, und endgültiger Termin ist nunmehr der 26. April.

Novak

Meine Damen und Herren! Ich bin gar nicht so optimistisch, anzunehmen, daß das am 26. April so ganz glatt gehen wird, und wir lassen uns überraschen, was wir am 27. April hören werden.

Ich glaube, um eines sind Sie sehr stark bemüht: der Bevölkerung eine gewisse Glaubwürdigkeit der Österreichischen Volkspartei vorzudemonstrieren, denn die zwei Jahre Alleinregierung, die Versprechungen, die vorher gemacht wurden, und die Tat und Praxis haben dazu geführt — und die verschiedenen Wahlen bestätigen es ja —, daß die Unglaubwürdigkeit der Österreichischen Volkspartei in der Bevölkerung von Tag zu Tag größer wird. Dieses Dilemma macht der Österreichischen Volkspartei, der Bundesregierung die allergrößten Sorgen.

Wir haben aus der heutigen Beantwortung eigentlich nichts Konkretes erfahren, und das Nächstliegende, was die Bevölkerung natürlich rechtzeitig erfahren muß, ist: Wenn man Einnahmenerhöhungen durchführen beziehungsweise der Bevölkerung Belastungen auferlegen will, dann muß schon ein konkreter Plan bestehen und genau detailliert angegeben werden, wo man Einsparungen in der Verwaltung und im Staate durchführen will. Ich glaube daher, daß wir von der Regierung mit Recht klare Ziffern und klare Angaben verlangen dürfen.

Ich erlaube mir daher, einen Entschließungsantrag einzubringen, der sich mit diesem Thema des Defizits, der Kreditoperationen, Ausgaben und Einnahmen beschäftigt. Da man nichts Konkretes weiß, stelle ich den Antrag:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bundesrat ersucht die Bundesregierung, zugleich mit der Vorlage von Gesetzentwürfen zur Erschließung von Mehreinnahmen (soweit solche Gesetzentwürfe einer Beratung im Bundesrat im Erliegen) auch ihre detaillierten Einsparungsvorschläge bekanntzugeben.

Die Bevölkerung, der man ein Notopfer zumutet und auferlegen will, hat ein Recht, daß sie diese beiden Gegenüberstellungen, nämlich Einnahmenerhöhungen und Ausgabenersparungen, konkret erfährt.

Zum Politiker-Notopfer möchte ich noch eines sagen: Man spricht davon, man solle auch die Politiker besteuern. Herr Vizekanzler Dr. Withalm hat es für seine Person abgelehnt und gesagt, für diesen Fall müsse er aus der Politik ausscheiden. (*Widerspruch bei der ÖVP. — Bundesrat Bürkle: Das ist doch nicht wahr! Sie lügen bewußt, Herr Novak!*) Er hat die Veröffentlichung seiner Erklärung, die er in Vorarlberg gegeben hat, noch nicht widerrufen. Es muß also etwas dran sein.

(*Bundesrat Bürkle: Sie haben nicht gelesen, was er gesagt hat!*) Damit will man ja ablenken, denn bis heute ist noch kein konkreter Vorschlag seitens der Österreichischen Volkspartei erfolgt, wie man sich die Besteuerung der Politiker vorstellt, um der Bevölkerung das Notopfer schmackhafter zu machen. Wir sind neugierig, wie Sie dieses Problem lösen werden. (*Bundesrat Bürkle: Das ist doch allerhand!*)

Ich bitte um Annahme meines Entschließungsantrages.

Vorsitzender: Der Entschließungsantrag der Bundesräte Novak und Genossen ist ordnungsgemäß eingebracht und unterzeichnet. Ich darf den Herrn Schriftführer bitten, ihn zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer **Kaspar:** Entschließungsantrag der Bundesräte Novak und Genossen, betreffend Gesetzentwürfe zur Budgetsanierung.

Im Budget für 1969 droht nach Angaben des Herrn Bundesministers für Finanzen ein Defizit von rund 16 Milliarden Schilling.

Dieses Defizit soll zur Hälfte durch Kreditoperationen, weiters durch Ausgabenkürzungen im Ausmaß von rund 5 Milliarden Schilling und durch Einnahmenerhöhungen von rund 3,8 Milliarden Schilling bedeckt werden.

Die unterzeichneten Bundesräte sind der Meinung, daß die Beratung über Einnahmenerhöhungen (Steuererhöhungen) erst möglich und sinnvoll ist, sobald auch klare Vorstellungen der Regierung über geplante Ausgabenkürzungen vorliegen.

Die unterzeichneten Bundesräte stellen daher den

Antrag:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bundesrat ersucht die Bundesregierung, zugleich mit der Vorlage von Gesetzentwürfen zur Erschließung von Mehreinnahmen (soweit solche Gesetzentwürfe einer Beratung im Bundesrat unterliegen) auch ihre detaillierten Einsparungsvorschläge bekanntzugeben.

Vorsitzender: Es liegt eine weitere Wortmeldung vor; ich erteile Herrn Bundesrat Böck das Wort.

Bundesrat **Böck** (SPÖ): Hoher Bundesrat! Sehr geehrte Damen und Herren! Die ungenügende Beantwortung unserer Anfrage, aber auch der Beitrag, den Herr Kollege Eckert hier gebracht hat, haben mich veranlaßt, nur ganz wenige Worte zu sagen und einige Klarstellungen zu bringen.

Vielleicht als Einleitung: Ich war heute etwas erschüttert, als es bei der Anfrageverlesung und bei der Begründung auf der rechten Seite dieses Hauses etwas Ähnliches wie ein

6768

Bundesrat — 264. Sitzung — 24. April 1968

Böck

höhnisches Gelächter gab. Ich muß festhalten, daß die Art, die heute hier bei der Anfrageverlesung geherrscht hat, für dieses Haus unwürdig ist. Das darf eindeutig festgestellt werden. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Bundesrat Hofmann-Wellenhof: Die Anfrage auch!*) Die Anfrage geht immerhin noch um ein Defizit, das im Endeffekt rund 16 Milliarden ausmacht. (*Bundesrat Hofmann-Wellenhof: Das weiß man doch, wie das gemeint ist, Herr Kollege!*)

Nun konkret zuerst zu den Vorwürfen, die der Kollege Eckert gemacht hat. Er sagte, der Gewerkschaftsbund weiß davon und hat den ersten Entwurf bekommen. Da muß ich dort anfangen, wo auch der erste Begriff „Koren-Plan“ entstanden ist.

Der damalige Staatssekretär Dr. Koren hat diesen Plan — so wurde es immer mitgeteilt — auf Wunsch der Bundesregierung erarbeitet, um im Laufe der Zeit ein Wirtschaftskonzept zu erstellen.

Ich fühle mich nicht berechtigt, diesen ersten Entwurf als einer der ersten zu bekommen, aber es hat lange gedauert, und es bedurfte einer persönlichen Vorsprache von mir und einiger Kollegen des Präsidiums der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter beim Herrn Staatssekretär, damit uns der Herr Staatssekretär diesen ersten Entwurf, wofür wir immer ein Anrecht auf zwei, drei Exemplare hatten, gegeben hat. — Ich muß darauf zurückkommen, weil die Verbindung zu heute hergestellt werden soll.

In diesem ersten Entwurf — ich sage „ersten“, weil der damalige Herr Staatssekretär es auch so betont hat — war nur von der Entwicklung der Industrie in der Vergangenheit die Rede und davon, wie sie sich entwickeln könnte, und von einigen Agrarfragen.

Es war naheliegend, daß man, wenn man von einer Gewerkschaft kommt, die sich mit Baufragen beschäftigt, die Frage stellt, warum denn in diesem umfassenden Bericht — ich glaube, er umfaßte 74 Seiten — überhaupt nichts über die Bauwirtschaft steht, die doch immerhin einen der tragenden Pfeiler der Wirtschaft darstellt. Die Antwort darauf — für uns auch verständlich —: Das ist nur ein erster Entwurf, ich bin schon dabei — nur habe ich keine Leute zur Verfügung. Ich zitiere wörtlich: Ich bin ein Ein-Mann-Betrieb, ich hätte schon den zweiten Entwurf, und hier ist vorgesehen, auch die Bauwirtschaft einzubauen.

Diesen zweiten Entwurf mit der Ausweitung auf alle Industriezweige haben wir bis heute nicht gesehen. Ich glaube deshalb, daß es zu diesem zweiten Entwurf, der sich nur mit den Wirtschaftsfragen beschäftigt hätte, nicht mehr gekommen ist, und man ist wahrscheinlich

gleich auf einen dritten Entwurf übergegangen, der die Probleme des Budgets für 1969 behandeln mußte.

Ich will nicht mehr auf die Termine von Jänner bis heute eingehen, die meine Freunde Skotton und Porges hier aufgezeigt haben; sie sind bekannt.

Was wollen wir mit der Anfrage bezwecken? Wir wollen wissen, was in dem Koren-Plan steht im Verhältnis zu dem, was einzelne Politiker und einzelne Zeitungen in Österreich reden und schreiben. Was ist es wirklich? Letztlich geht es dabei, wenn man auf das Budget Bezug nimmt — ich kann wieder nur die Worte des Herrn Finanzministers selbst nehmen —, um 16, 17, 18 Milliarden Schilling Abgang im Jahr 1969. Es ist die Frage berechtigt, was man tun wird.

Man schreibt und spricht so viel: Steuererhöhungen, Prozentsätze: 10, 50 Prozent, 1. September, 1. Jänner 1969 — Termine und Ziffern in bezug auf erhöhte Einnahmen. Man spricht und schreibt von der Einbehaltung des Bundeszuschusses zur Pensionsversicherung. Bezüglich der Einsparungen spricht man von Verwaltungseinsparungen, ohne überhaupt noch gesagt zu haben, um was es sich handelt. Letztlich könnte man doch befürchten, daß man versucht, jene Abmachungen, die die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit der Bundesregierung getroffen haben und in denen eine Regelung bis 1971 gefunden wurde, anzutasten.

Meine Herren! Wenn man gar nichts dazu sagt, wenn man auch in der Beantwortung nichts dazu sagt, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn man irgendwann einmal glauben muß, daß solche Befürchtungen ziemlich zutreffen.

Herr Kollege Eckert — er ist jetzt nicht da — hat gesagt: Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat es. — Diesen Plan nicht! Ich darf hier festhalten: Gestern vormittag hat der Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes getagt. Die Entscheidung war einstimmig, daß wir verlangen, endlich zu erfahren, was im Koren-Plan steht, daß wir das auch einmal zu Gesicht bekommen. Dort sitzen prominente Vertreter der christlichen Gewerkschafter. (*Hört! Hört! — Rufe bei der SPÖ.*) Auch diese haben mitgestimmt und gesagt: Wir wollen als Gewerkschafter endlich einmal wissen, worum es im Koren-Plan geht und worum es für das Jahr 1969 geht. Man soll nicht so leicht darüber hinwegreden!

Nun zum Abschluß noch eine Feststellung: Ich kann den Termin nicht sagen, aber die beiden Regierungsmitglieder werden den Termin sicherlich auswendig kennen. Es war ein

Böck

Montag vor vier Wochen. An diesem Montag hat die Paritätische Kommission getagt, um die wirtschaftlichen Probleme zu besprechen, aber nicht in der Art wie sonst, sondern unter Hinzuziehung des Präsidenten der Nationalbank, des Herrn Finanzministers und des Professors Nemschak. Um diese drei Personen war diese Sitzung erweitert. Man hat an diesem Montag über alle möglichen Probleme gesprochen — nur nicht über das, was abends am selben Tage der Herr Staatssekretär Pisa im Fernsehen an zehn — ich muß annehmen ausgesuchte — Journalisten als Mitteilung weitergegeben hat; nämlich wie es werden wird. Am Donnerstag der gleichen Woche — drei Tage nach dem Gespräch — wurde dann offiziell mitgeteilt: Steuererhöhungen, Beschneidung der Pensionsversicherung, Kreditoperationen, Verwaltungseinsparungen, um das Defizit 1969 zu vermindern oder zu beseitigen.

Welches Forum braucht die Regierungspartei noch, wenn nicht das Forum Paritätische Kommission plus drei prominente Persönlichkeiten genügt, um die großen Probleme zu besprechen? Ich sage mir ernsthaft: Wenn es abends der Staatssekretär sagen konnte, hätte man doch in diesem Forum auch nachmittags bereits darüber reden können. Wenn man das nicht getan hat, dann ist das die gleiche Begründung, die wir heute haben: Man spricht darüber nicht, bis es auf Regierungsseite endgültig entschieden ist. Dann wird es heißen: Österreicher, friß oder krepier! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Es ist ein weiterer Entschlie-
bungsantrag der Bundesräte Porges und
Genossen eingelangt. Ich darf den Herrn
Schriftführer bitten, denselben zur Verlesung
zu bringen.

Schriftführer Kaspar:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bundesrat stellt mit Befremden fest, daß die Bundesregierung trotz zahlreicher anderslautender Äußerungen nicht in der Lage war, dem Bundesrat ihren Plan zur Sanierung der Wirtschaft und des Budgetdefizites bekanntzugeben.
Fünf Unterschriften.

Vorsitzender: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die beiden Entschlie-
bungsanträge, zuerst über den der Bundesräte Novak und Genossen.

Ich bitte jene Mitglieder des Hauses, die diesem Entschlie-
bungsantrag Bundesrat Novak und Genossen zustimmen, um ein Händez-
eichen. — Ich stelle mehrstimmige Annahme fest.

Ferner haben wir über den zweiten, jüngst eingebrachten Antrag der Bundesräte Porges und Genossen abzustimmen. Ich bitte jene Mitglieder, die diesem Antrag zustimmen, ein Händez-
eichen zu geben. — Auch hier stelle ich mehrstimmige Annahme fest.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Bundesrates berufe ich für Dienstag, den 28. Mai um 9 Uhr ein.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen jene Beschlüsse des Nationalrates in Betracht, die bis dahin zeitgerecht einlangen und von den Bundesratsausschüssen erledigt werden.

Die Festlegung der Tagesordnung wird gemäß § 27 Abs. E der Geschäftsordnung am Beginn der nächsten Bundesratssitzung zu beschließen sein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 35 Minuten**Neu- bzw. Wiederbesetzung von Ausschußmandaten auf Grund der vom Bundesrat in seiner Sitzung am 24. April 1968 durchgeführten Wahl****Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und wirtschaftliche Integration**

Mitglied: Dr. Dipl.-Ing. Eberdorfer;
Ersatzmitglied: Deutsch.

Finanzausschuß

Mitglieder: Deutsch und Ing. Thomas Wagner.

Geschäftsordnungsausschuß

Mitglied: Ing. Thomas Wagner.

Unvereinbarkeitsausschuß

Ersatzmitglieder: Hilde Pleyer und Ing. Thomas Wagner.

Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

Ersatzmitglied: Hilde Pleyer.

Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten

Mitglied: Ing. Thomas Wagner;
Ersatzmitglieder: Deutsch und Hilde Pleyer.

Ständiger gemeinsamer Ausschuß des Nationalrates und des Bundesrates im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948

Mitglieder: Dr. Dipl.-Ing. Eberdorfer und Ing. Thomas Wagner;
Ersatzmitglied: Deutsch.